Australien und der britische zollverein ...

Friedrich Busse

Australien und der britische Zollverein.

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR

ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

GENEHMIGT

VON DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT
ZU BERLIN.

Von

Friedrich Busse
aus Rogäsen (Provinz Sachsen).

Tag der Promotion: 15. August 1906.

Referenten:

Professor Dr. **Sering.**

Professor Dr. **Wagner.**

Universitäts-Buchdruckerei von Gustav Schade (Otto Francke), Berlin N.

Meinen lieben Eltern.

Inhalt.

Vormerkung.

Vorliegende Arbeit ist im staatswissenschaftlich-statistischen Seminar der Universität angefertigt worden auf Anregung meines hochverehrten Lehrers, des Herrn Professor Dr. M. Sering. Ihm besonders schulde ich Dank für die Anregungen, die ich aus seinen Vorlesungen über Handels- und Kolonialpolitik für die vorliegende Arbeit erhalten habe, und für die Einführung in das behandelte kolonialpolitische Problem. Bestimmend auf die durch vorliegende Arbeit gezeichnete Richtung meiner Studien hat auch die Vorlesung des Herrn Professor Dr. Adolf Wagner über auswärtige Handelspolitik eingewirkt.

Die manchmal umständliche Beschaffung des einschlägigen Materials wurde mir recht erleichtert durch das liebenswürdige Entgegenkommen des Herrn Professor Müller, Direktors der Bibliothek des Reichstages, der mir in weitgehender Weise die Benutzung der kolonialen Parlamentsverhandlungen freistellte. Ihm spreche ich an dieser Stelle nochmals meinen Dank für die Vergünstigung aus und danke gleichzeitig den Verwaltungen der Universitätsbibliothek, der Seminarbibliothek, der Königlichen Bibliothek, der Bibliothek der Ältesten der Kaufmannschaft Berlin und ganz besonders der Bibliothek der Handelskammer Berlin für das mir erwiesene Entgegenkommen.

I.

Der Abfall der blühenden nordamerikanischen Kolonien führte eine durchgreifende Änderung der britischen Kolonialpolitik herbei. Das alte merkantilistische Kolonialsystem, die Politik der Bevormundung und Ausbeutung, wurde aufgegeben, an seine Stelle trat die liberale Politik, die auch bis auf die Gegenwart ihren Zweck erfüllt und sämtliche übrigen Kolonien dem Mutterlande erhalten hat. Man kann sagen, daß die politische Gesinnung — wenigstens der englisch sprechenden Bevölkerung — in allen großen Siedelungskolonien, auch in Australien, eine echt loyale und ergebene gegen das „dear old country" ist, und England hat Grund darauf stolz zu sein. Noch jetzt ist die liberale Auffassung von den politischen Beziehungen des Mutterlandes zu den Kolonien als die herrschende zu bezeichnen, und sie ist in den letzten Wahlen zum Siege gelangt. Eine der ersten Regierungsmaßnahmen des neuen Ministeriums war die Verheißung von „Responsible Government" für die Kolonie Transvaal. Diese Regierungshandlung hat jubelnden Widerhall durch ganz Australien gefunden, das wie die übrigen Kolonien unter liberaler Politik aufgewachsen ist und in ihr die überkommene britische Reichspolitik verkörpert sieht.

Freilich ist der heutige englische Liberalismus nicht mehr derjenige eines Rich. Cobden. Er hat einen kräftigen imperialistischen Einschlag erhalten.

Über ihre imperialistische Gesinnung haben die ersten Mitglieder des jetzigen Ministeriums wiederholt Zeugnis abgelegt. So sprach Sir Campbell-Bannermann in seiner großen Wahlrede (am 21. Dez. 1905, „Daily Telegraph" eod.) in der Londoner Albert Hall: „Es ist sicherlich unnötig für uns, unsere Affektion für die Kolonien noch öffentlich zu bekunden und unseren Wunsch, sie uns näher und immer näher zu bringen. Sicherlich finden auch die demokratischen und progressiven Instinkte und Institutionen dieser großen Gemeinwesen mehr Affinität bei uns als bei unseren Opponenten."

Asquith, ebenfalls ein hervorragendes Mitglied des Kabinettes, sagte in seiner Wahlrede (vom 19. Dezember 1905, „Daily T.“ eod.): „Ich kann wohl voraussagen, daß die zu erwartende liberale Majorität sich jedem Vorgehen, in welcher Weise es immer auch sein mag, entschlossen widersetzen wird, das zur Separation führen könnte.“ Schließlich äußerte sich der Staatssekretär für den Krieg, Haldane, ein erklärter Imperialist (am 25. Januar 1906, „Daily T.“ eod.): „Nicht mit einem Band von Erz und Eisen, auch nicht mit einem goldenen, fiskalischen Band können die Kolonien am besten dem Mutterlande erhalten werden. Das seidene Band gemeinsamer Interessen, gemeinsamer Sympathien, gemeinsamer Tradition, gemeinsamer Geschichte und gemeinsamer imperialistischer Ideen ist das Bindemittel, wodurch die Kolonien wahrscheinlich auf unserer Seite erhalten werden.“ Der imperialistische Geist beherrscht also auch die liberalen Politiker, sie wollen das britische Imperium, nur mit anderen Mitteln, wie die unionistischen Politiker unter der Führung des britischen Staatsmannes Joseph Chamberlain.

Das gegenwärtige, wirtschaftlich-politische Programm Chamberlains geht auf zwei Wurzeln zurück und ist die Resultante aus einer politischen und wirtschaftlichen Bewegung:

Gegen die herrschende liberale Politik war allmählich eine Reaktion auf politischem Gebiet entstanden. Diese Bewegung strebte nach einem dauernden, realen, staatlichen Zusammenschluß der Kolonien mit dem Mutterlande (Imperial Federation). Sie wurde von hervorragenden britischen Staatsmännern und Gelehrten gefördert wie J. R. Seeley, Charles Dilke, J. A. Froude und W. E. Forster. Sie wollen nicht das abstrakte, ideelle Band, sondern ein politisch-sichtbares, konkretes Band, um Englands künftige Weltmachtstellung zu sichern, die ihnen bei der liberalen Politik gefährdet scheint. Seeley bemerkt in seiner „Expansion of England“ (p. 349 f): „Panegyriker reden von dem glücklichen Zustande kleiner Staaten. Aber man muß bedenken, daß ein kleiner Staat zwischen kleinen Staaten erst eine Seite ist, ein kleiner Staat zwischen großen die andere.“ England soll durch engen, politischen Zusammenschluß mit den Kolonien auf gleiche Stufe mit den größten Staaten der Zukunft gestellt werden. Es soll nicht herabgedrückt werden „auf die Stufe einer rein europäischen Macht, die, gleichwie Spanien, auf die große Zeit zurückschaut, in der sie eine Weltmacht hätte werden können“. Und weiter sagt Seeley (a. a. O. p. 184 u. 346): „Wenn die Kolonien nicht im alten Sinne Besitzungen Englands sind, dann müssen sie ein Teil Englands sein, und diese Ansicht müssen wir in allem Ernst uns zu eigen machen. So scheint es möglich, daß unser ‚Colonial

Empire' immer mehr verdient, ,Greater Britain' genannt zu werden. Das Ergebnis möchte sein, daß irgend eine Organisation allmählich erreicht würde, welche die ganze Stärke des Reiches in Kriegszeiten zu verwenden gestattet." Deshalb wurde die Teilnahme der Kolonien an den Reichsverteidigungskosten befürwortet (Salisburys „Kriegsverein"), in den Vereinigten Staaten des größeren Britannien sah man das Ziel der schließlichen politischen Entwickelung.

Dieser theoretischen, auf politische Föderation hinzielenden Richtung läuft eine praktisch-wirtschaftliche Bewegung parallel: der Gedanke des „fair trade". Die Bewegung trat besonders in den Zeiten wirtschaftlicher Depression allmählich immer mehr hervor und bekämpfte den „one-sided Free Trade", indem sie für die heimische Industrie Schutz nach außen und gegen die feindlichen Tarife „Retaliation" forderte. Durch Abwehr- und Vergeltungszölle soll also der Vorsprung der fremden Konkurrenz, den diese durch Schutzzölle oder staatliche Subventionen oder durch die Preispolitik industrieller Unternehmerverbände („Dumping") besitzt, auf dem englischen Markt ausgeglichen werden und der englischen Handelspolitik die „bargaining power" als Waffe gegen feindliche Tarife wieder in die Hand gegeben werden. Diese Bewegung verknüpfte sich bald mit der imperialistischen; der Mann, der beide Grundgedanken am wirkungsvollsten zu einer Einheit verschmolz, war Jos. Chamberlain.

Sein Programm forderte Freihandel im Reiche, Schutz der heimischen Industrie und als Endziel die politisch festere, bundesstaatliche Einigung des Reiches. Es zeigte sich aber bald, daß die Kolonien, wie Chamberlain es selbst zugeben mußte, „noch nicht reif sind" für die Annahme und Durchführung des Freihandels im Reiche. Hatten die Kolonialminister auf der Konferenz im Jahre 1897 schon Begünstigungsvorschläge auf Grundlage gegenseitiger Zolldifferenzierung gemacht, so lehnten sie auf der Konferenz im Jahre 1902 den Freihandel im Reiche nachdrücklich ab, bekannten sich aber zur Gewährung von Vorzugszöllen an England bereit. Chamberlain kam jetzt den Wünschen der Kolonialminister entgegen, indem er die Durchführung des interbritischen Freihandels der Zukunft überwies, als nächstes Ziel praktischer Politik die Durchführung der gegenseitigen, differentiellen Begünstigung setzte. Zu diesem Zwecke muß England seinen einseitigen Freihandel opfern und geringe Zölle auf die nicht britischen Waren einführen, welche zugleich Stapelprodukte der Kolonien sind, während die Kolonien den Fabrikaten Englands einen allgemeinen, substantiellen Vorzug durch Zollreduktion geben sollen. Der britischen Industrie soll so

ein ausgedehnterer und dauerhafterer Absatzmarkt in den Kolonien verschafft und Englands künftige Nahrungsmittel- und Rohstoffzufuhr durch Sicherung des kolonialen Hinterlandes außer Frage gestellt werden. Auf dem Boden der so geförderten wirtschaftlichen Durchdringung von Mutterland und Kolonien soll schließlich eine engere politische Konsolidation des Reiches erwachsen, und nach dem vorausgegangenen britischen Imperialismus auf wirtschaftlichem Gebiet der politische Imperialismus Seeleys dauernd begründet werden.

Auf Grund der Beschlüsse der Konferenz 1902, in denen sich die Kolonialminister zur Gewährung eines Vorzugs im allgemeinen Sinne entweder durch Reduktion der Zölle für England oder durch Zollerhöhung gegen das Ausland oder durch Kombination beider Maßnahmen bereit erklärten, sind nun in den Hauptzügen, dem skizzierten wirtschaftlich-politischen Programm entsprechend, von Chamberlain und seinen Anhängern folgende detaillierte Zollvorschläge zur Begünstigung der Kolonien auf dem englischen Markte und zum Schutze der britischen Industrie gemacht worden.

1. Dem Begünstigungsprinzip entsprechend, sind auf sämtliche Hauptnahrungsmittel mäßige Wertzölle einzuführen, welche die Kolonien freilassen, also für sie als Einfuhrprämien wirken:

a) auf Getreide 2 s. pro quarter, was bei einem Preise von 25 s. pro qu. 8 Proz. des Wertes sind. Auf Mehl wird ein entsprechender Zoll gelegt. Mais bleibt zollfrei, um die britische Landwirtschaft, die ihn in ausgedehntem Maße als Viehfutter verwendet, und die ärmeren Volksschichten nicht über Gebühr zu belasten,

b) auf Fleisch ist ein Wertzoll von 5 Proz. zu legen,

c) für Molkereiprodukte jeder Art ist ebenfalls ein Zoll von 5 Proz. des Wertes einzuführen,

d) auf Wein und Obst aller Art soll ein später noch zu bestimmender Zoll gelegt werden.

Als Ausgleich sind die Zölle auf die Genußmittel zu erniedrigen, so daß nur eine Verschiebung der Lasten der breiten Massen eintreten soll.

2. Dem Prinzip der Erhaltung der nationalen Industrie entsprechend, sind Schutzzölle, die sich als Erhaltungszölle charakterisieren, auf Halb- und Ganzfabrikate ausländischen Ursprungs bis zu 10 Proz. des Wertes je nach dem Grade der Bearbeitung zu legen. Sämtliche Rohstoffe der Industrie (auch Wolle) bleiben prinzipiell zollfrei. „Ich glaube, daß unser Ziel voll erreicht werden

kann durch einen gemäßigten Generaltarif. Er würde notwendigerweise die freie Zulassung von Rohmaterialien und Artikeln, die wir nicht selbst produzieren, vorsehen" (aus einem Manifest Chamberlains vom 1. Januar 1906 an die Wähler von West-Birmingham, „Daily T." eod.).

Durch das ökonomische, wohl besonders in der ersten Zeit schwer empfundene Opfer der freiwilligen Auferlegung von Nahrungsmittelzöllen soll sich England ein gesichertes Bezugsland für seine Nahrungsmittel und industriellen Rohstoffe und einen gesicherten, sich immer mehr dehnenden Absatzmarkt für seine Fabrikate erkaufen. Die Industrie, durch Schutz nach außen und zollfreie Rohstoffeinfuhr in ihrer Entwickelung gesichert, soll den heimischen und kolonialen Markt wiedererobern. Die Agrarzölle sind aber das Arkanum des Chamberlainschen Planes. Durch sie sollen die Kolonien gewonnen und gesicherte Austauschbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien hergestellt werden. Die industriellen Schutzzölle erscheinen von mehr sekundärer Bedeutung.

Dieses Programm stand im Vordergrund der Wahlbewegung zu Beginn des Jahres 1906. Chamberlain hat während dieser Zeit eine seiner bedeutsamsten politischen Reden in der alten Universitätsstadt Oxford gehalten (am 8. Dezember 1905, „Daily T." eod.), um besonders die akademische Jugend für seine Ziele zu begeistern. Der rauschende, lebhafte Empfang bezeugt, daß seine Ideen schon kräftig Wurzel unter ihr gefaßt haben. Chamberlain konnte mit Recht sagen, daß in Oxford nicht bloß „lost causes" Zufluchtstätten gefunden hätten, sondern daß auch seine „winning cause" hier eine Heimstätte habe. Und in den jungen, weichen und empfänglichen Gemütern konnten folgende Worte wohl hohe Begeisterung hervorrufen und nachhaltigen Eindruck hinterlassen: „Ich versichere, daß die imperialistische Seite meines Programms die wichtigste ist, und ich bin entschlossen, dafür alle meine Kraft und Energie, solange sie mir bleiben, zu weihen, weil ich von der Wichtigkeit des Reiches und seiner Tragweite für unsere nationale Zukunft überzeugt bin, weil ich glaube, daß von unserer Entscheidung über diese Frage unser dauernder Einfluß auf die Zivilisation der Welt abhängt."

Die politisch-imperialistische Konsolidation des Reiches ist das Endziel, die Begründung einer realen Interessengemeinschaft das Mittel: „Unser Reich wird gegenwärtig nur von Banden des Gefühls getragen. Glaubt jemand, daß diese Macht des Gefühls ohne Organisation das Gewicht solch eines Reiches wie des unsrigen tragen, kann? Ist es weiter nicht gewiß, daß das Vereinigte Königreich,

beschränkt auf die beiden kleinen Inseln in der nördlichen See, ohne Unterstützung oder Sympathie von irgend einer Seele außerhalb, zu einer Macht fünften Ranges herabsinken würde, die nur mit Not bestehen kann und von der Gnade ihrer großen Mitbewerberinnen lebt? . . . Aber jetzt glauben und vertrauen wir, daß wir alle Brüder einer Familie sind, Bürger eines ‚Commonwealth‘ und gleichberechtigte Teilhaber des Reiches, und hoffen und streben, daß sie alle künftig in der Fülle der Zeit eingeschlossen werden in ‚one self-sufficient and mutually supporting federation‘. Das ist die imperialistische Idee, das Streben jedes patriotischen Staatsmannes während dieser Generation, und in diesem Streben allein liegt die Bürgschaft für die Dauer der britischen Traditionen begründet."

Diese „Imperial union" muß durch ein gemeinsames Band materieller Interessen gefördert und vorbereitet werden: „Durch jedes nur mögliche materielle Interesse sollten wir die Macht des Gefühls stärken, wir sollten so tief wie möglich, selbst unter einigem Kostenaufwand für uns selbst, den Grund legen für die zukünftige Organisation des britischen Reiches, welches sogar jetzt schon in seiner Jugend das gedehnteste, mannigfaltigste und viel versprechendste ist, das die Welt je gesehen hat, und welches in Zukunft, wenn wir treu unserem Glauben bleiben, das mächtigste Werkzeug für eine wohltätige Beeinflussung der Geschicke der Menschheit sein wird. In der Tat, ich würde entmutigt und enttäuscht sein, wenn man — ich denke wohl zum ersten Male in der Geschichte unserer Rasse — mit Pfennigen feilschte, wo der Spieleinsatz die Existenz des britischen Reiches selbst ist."

Freilich, die Ergebnisse der Wahlen um die Jahreswende 1905/06 haben den Hoffnungen der Anhänger Chamberlains wenig entsprochen. Ein liberaler Sturm ist durch ganz England gebraust, auch London und Leicester haben sich als liberal bis ins Mark erwiesen, die liberale Partei hat einen so vollkommenen Sieg errungen wie wohl vorher nur in den Jahren 1832 und 1882. Daß aber das Gebäude des Freihandels trotz aller gegenteiligen Versicherungen nicht mehr so fest wie früher steht und der Grund für den Aufbau eines neuen Systems gelockert und vorbereitet wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. Die Entwickelung, durch Chamberlain ausgelöst, ist im Fluß und wird auf handels- und wirtschaftspolitischem Gebiet Umgestaltungen und Neuschöpfungen bringen.

Inwieweit dies geschehen wird, hängt nicht allein von England, sondern auch von den großen autonomen Kolonien ab. Schon hat Kanada seit 1897 die englischen Waren um ein Achtel, seit 1898 um ein Viertel, seit 1900 um ein Drittel der Zollsätze bevorzugt,

Südafrika hat auf Grund der Beschlüsse der Konferenz im Jahre 1902 ebenfalls einen Differentialzolltarif mit 25 Proz. Vergünstigung für England eingeführt. Auch Neuseeland begünstigt seit dem Jahre 1903 England gegenüber dem Auslande, indem es für das Ausland die Zölle zum Teil um die Hälfte erhöhte, zum Teil die bisher freie Einfuhr mit Wertzöllen von 20 Proz. belegte. Nur Australien steht von den großen Selbstverwaltungskolonien noch abseits. Australien allein hat bisher England kein Anerbieten gemacht und alle Anregungen, dem Beispiel der anderen Kolonien zu folgen, bis heute zurückgewiesen.

Der Zweck nachstehender Untersuchung ist, diese Zurückhaltung Australiens auf ihre Stärke und künftige Dauer zu prüfen. Zu diesem Zweck soll die politische Stellungnahme der Ministerien und der verschiedenen parlamentarischen Parteien im einzelnen betrachtet und untersucht werden, inwieweit diese Politik in unveränderlichen natürlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist. Gewiß lassen sich die schließlichen Ergebnisse der heute in Fluß befindlichen handelspolitischen Bewegung weder für England noch für die Kolonien mit Sicherheit vorausbestimmen. Aber schon unser ständig steigender Exporthandel nach England (1904 rund 1 Milliarde Mark oder 20 Proz. unserer gesamten Spezialausfuhr) rechtfertigt es, zumal in England selbst die Anhänger Chamberlains sich mehren, die Dinge schon jetzt, in statu nascendi auch unter dem so wichtigen kolonialen Gesichtswinkel zu betrachten.

II.

Der gegenwärtige australische Bund (Commonwealth of Australia) ist am 1. Januar 1901 durch Vereinigung der fünf Festlandskolonien Neusüdwales, Viktoria, Queensland, Südaustralien (mit Einschluß des Nordterritoriums), Westaustralien und der Insel Tasmanien entstanden. Der neu begründete Bundesstaat besitzt eine ähnliche Verfassung wie die einzelnen Kolonien und das Mutterland (mit der charakteristischen, strengen Scheidung der drei staatlichen Gewalten). An Stelle der ehemaligen, partikularistischen Politik ist nunmehr eine einheitliche, mehr nationale Politik getreten, die ausgeprägt schutzzöllnerische Bahnen eingeschlagen hat. Der noch geltende, erste Bundestarif kann als immerhin gemäßigt schutzzöllnerisch angesprochen werden, seine Wertzölle liegen zwischen 5 und 25 Proz.

In den beiden Häusern des Bundesparlamentes (Abgeordnetenhaus und Senat) bestehen indessen nicht wie in England nur die

beiden traditionellen Parteien der Konservativen und Liberalen, sondern drei, fast gleich große Parteien: die Schutzzollpartei, die liberale Partei und die Arbeiterpartei (Labour Party). Da nun die Arbeiterpartei zwischen den beiden überkommenen, bürgerlichen Parteien die „balance of power" hält, so ist eine dieser beiden Regierungsparteien immer mehr oder weniger auf die Unterstützung dieser ausschlaggebenden, dritten Partei angewiesen. Daraus hauptsächlich erklärt sich der demokratisch-sozialistische Zug, den die neuere Gesetzgebung in Australien trägt.

Analysieren wir nunmehr die Politik der drei Parteien und ihrer Ministerien in bezug auf Chamberlains Vorschläge. Seit Bestehen des Bundesstaates sind alle drei Parteien — zum Teil schon wiederholt — an das Staatsruder gelangt, weshalb bei allen auch die offizielle Stellungnahme, die von der parteipolitischen manchmal differiert, geprüft werden kann.

Die ersten Bundeswahlen ergaben eine schutzzöllnerische Mehrheit, also auch ein schutzzöllnerisches Ministerium, und man kann dieses Ergebnis als eine Resultante der Wirtschaftspolitik der einzelnen Kolonien ansehen. Das schutzzöllnerische Ministerium führte Edmund Barton, der, obwohl er früher Premierminister des freihändlerischen Neusüdwales gewesen war, doch bewußt und geschickt diese neue Politik vertrat. Daß man im Parlament des Bundesstaates durchaus schutzzöllnerisch gesinnt war, bereitete in England die erste Enttäuschung, wo man freudig erwartet hatte, daß der neubegründete Bundesstaat in seiner Zollpolitik dem Vorgehen Kanadas folgen werde. Hatte man deshalb in England gehofft, durch die Schöpfung eines Einheitsstaates mehr zu erreichen als gegenüber der eigenwilligen Politik der Einzelstaaten, und infolgedessen die Föderation gefördert, so mußte man jetzt erkennen, daß zwar ein einheitlicher Wille geschaffen war, daß aber dieser Wille jede Gewährung eines Vorzuges auch auf Grundlage der Gegenseitigkeit nachdrücklich ablehnte.

Barton mit seiner ausgeprägten schutzzöllnerischen und nationalen Haltung vertrat den Bundesstaat auf der letzten Kolonialkonferenz im Jahre 1902. Die allgemeine Schlußresolution derselben führt aus[1]), „daß die Premierminister der Kolonien der Regierung Sr. Majestät die Bereitwilligkeit betonen, dem Vereinigten Königreich ‚preferential treatment' entweder durch Befreiung oder durch Herabsetzung der jetzt bestehenden oder später auferlegten Zölle zu gewähren". Barton hat dieser Resolution auf der gleichzeitig ange-

[1]) Parliamentary Debates, Sess. 1904, Vol. 24. p. 8491 u. „Fortnightly Review", Apr. 05.

nommenen Basis von „reciprocal trade“ für Australien zugestimmt; aber er lehnte eine nähere Bestimmung über die Zeit und die Art der Durchführung ab. In den bezüglichen Ausführungsbestimmungen der Konferenzbeschlüsse nimmt deshalb auch Australien eine charakteristische Einzelstellung ein, denn von ihm heißt es hier nur kurz: „‚Preferential treatment‘ ist noch nicht klar bestimmt, was seine Natur oder Ausdehnung anbetrifft“. Weder das, was Kanada schon jahrelang freiwillig gewährte, noch einen Teil davon wollte der australische Premierminister England bewilligen. Während seiner ganzen Ministerzeit hat er denn auch keine Gelegenheit gefunden, das Vorzugsprinzip dem Parlamente zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

Auf Barton folgte nach seinem freiwilligen Rücktritt (im September 1903) sein Freund und schutzzöllnerischer Gesinnungsgenosse Alfred Deakin als Führer der protektionistischen Partei und als Premierminister des Bundesstaates. Seine erste Amtsdauer währte nur kurze Zeit (vom September 1903 bis April 1904), gegenwärtig führt er sein zweites Ministerium. Er ist ein Mann von bedeutenden staatsmännischen Gaben; Charles Dilke sagt über ihn („Problems of Greater Britain“, p. 155): „Die Australier mögen zufrieden sein, unter sich die Erbauer des neuen Staates und Staatsmänner wie Mr. Deakin hervorgebracht zu haben.“ Während Deakin nun ganz in den schutzzöllnerischen Bahnen seines Amtsvorgängers wandelt, unterscheidet er sich in der äußeren Politik scharf von Barton, denn Deakin ist ein eifriger Imperialist und Anhänger des Chamberlainschen Planes, und als solcher gilt er durchaus bei seinen politischen Freunden und Gegnern. Das national-schutzzöllnerische Moment steht aber trotzdem auch bei ihm im Vordergrunde, ihm hat sich das imperialistische Moment unterzuordnen, wenn es mit den australischen Interessen kollidiert. In seiner Rede vom 31. Oktober 1903 spricht er sich über seine Politik deutlich aus, indem er sagt, daß die wirtschaftliche Zukunft Australiens eng mit dem Schutzzollsystem verknüpft sei. Australien müsse sich eine eigne Industrie schaffen, trotzdem würde er aber auch die Gewährung eines Vorzugstarifes an England empfehlen. Zum Entgelt müsse aber Australien darauf bestehen, daß England die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus Australien begünstige, andernfalls sei die englische Zollreform für Australien von geringem Werte.

Daß die Bevorzugung des Mutterlandes auch auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit die nationalen Interessen nicht schädigen oder irgendwie benachteiligen darf, drückt er besonders in seiner Programmrede vom 29. Oktober 1903 („Quarterly Review“, No. 403) aus: „Wenn Mr. Chamberlain uns seine Vorschläge macht, so wird die australische

Regierung bereit sein, sie Punkt um Punkt entgegenzunehmen, indem gleichzeitig von der Regierung alle Umstände und die Wichtigkeit der Industrien für den Bundesstaat in Betracht gezogen werden. Die Schwierigkeit ist, daß, wenn wir willens sind, solche Reduktionen zu machen, wie gefordert werden, wir jetzt schon einen so niedrigen Tarif haben, daß er kaum Reduktionen zuläßt." Seine Politik geht also dahin, England weniger durch Zollreduktionen als durch Erhöhung der Zölle gegen das Ausland zu begünstigen. Es ist schließlich zu beachten, daß Deakin selbst nicht die Initiative der Durchführung ergreift, also dem Mutterlande — wenigstens zunächst — kein Anerbieten macht.

Auf Deakins erstes Ministerium folgen nun mehrere Kabinette kurz hintereinander, in 18 Monaten wechseln vier Regierungen miteinander ab. Zunächst übernimmt ein Arbeiterministerium unter J. C. Watson als Premierminister die Führung der Geschäfte. Doch da es sich nur auf seine eigenen Parteigenossen stützt, wird es nach vier Monaten (von April bis August 1904) von den vereinigten Schutzzöllnern und Freihändlern gestürzt. Das Watsonsche Kabinett kennzeichnet sich durch eine durchaus zurückhaltende und ablehnende Stellungnahme jeder positiven Präferenzpolitik gegenüber. Neben der Interessenlosigkeit gegenüber Chamberlains Plänen treten stark entwickelte nationale und demokratische Instinkte hervor. Watsons Politik bewegt sich deshalb auch in den gewohnten schutzzöllnerischen Bahnen, kann überhaupt als nationale Politik in vollstem Sinne des Wortes gelten. In seiner bedeutenden Rede im August 1903 an seine Wähler („Quarterly Review", No. 403) spiegeln sich diese leitenden Prinzipien seiner Politik wieder: „Wir wollen deshalb warten, bis das Mutterland sich über diesen Gegenstand (Präferenz) schlüssig geworden ist. Es liegt nicht in meiner Absicht, daß irgend eins meiner Worte als ein Hebel für oder gegen die Bevorzugung ausgelegt werde." Schließlich sagt er in demselbem Sinne (am 9. August 1904) im Abgeordnetenhause auf eine Interpellation hin[1]): „Ich denke, daß ein weiterer Schritt erst getan werden kann, wenn ein tauglicher Vorschlag uns von der englischen Regierung gemacht worden ist. Ich sehe auch den Wert einer neuen Kolonialkonferenz nicht, weil Einzelheiten erst nach der Billigung in England geordnet werden können."

Haben die bisher führenden Staatsmänner, Schutzzöllner und Labour men, eine verwandte Politik getrieben, so tritt jetzt ein Wechsel ein mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch ein

[1]) Parl. Deb., Sess. 04, Vol. 21, p. 3932.

freihändlerisches Ministerium unter G. H. Reid als Ministerpräsidenten (vom August 1904 bis Juli 1905). Er hatte als Staatsmann und als Premierminister von Neusüdwales sich bereits um die Verfassung des Bundesstaates verdient gemacht, aber auch seine prinzipielle Abneigung gegen den Chamberlainschen Vorschlag bekundet. Er war es, der schon im Jahre 1897 die australischen Minister vom Besuche der Konferenz zurückzuhalten sich bestrebte und der dann in London Chamberlains Vorschlägen sich besonders unzugänglich zeigte. Wiederholt und nachdrücklich hat er öffentlich namens der Partei seine Abneigung gegen eine Bevorzugung auf der Basis gegenseitiger differentieller Behandlung ausgesprochen. Er will kein „bargain", das England und die australische Regierung verpflichtet, er erstrebt die Beseitigung oder Minderung der Schutzzölle, einen Revenuentarif, indem so England und gleichzeitig auch den fremden Ländern eine freiwillige, wesentliche Zollherabsetzung zugestanden werden soll. Er hat sich — und wohl mit Recht — über die Beschlüsse der letzten Konferenz kategorisch dahin geäußert („Fortnightly Review", Apr. 05), „daß die Beschlüsse jener Konferenz nicht die Ansichten Australiens, sondern nur die von sieben Vertretern repräsentieren!" Und Reid weiß sich eins in dieser Gesinnung mit seinen Anhängern, von denen Sir Mc Millan sich folgendermaßen über den Wert der Beschlüsse der letzten Konferenz ausgesprochen hat[1]): „Wie konnte der Premierminister den Bundesstaat überhaupt binden oder die Ansichten des australischen Volkes vertreten, da die Frage niemals vorher in die Arena praktischer Politik eingetreten war, niemals ernsthaft diskutiert worden war."

In der Tat ist — von der Opposition — zum ersten Male, und bis heute zum letzten Male, erst kurz vor dem Zerfall des Reidschen Ministeriums die Frage des „preferential trade" in das Parlament eingeführt und nun in beiden Häusern des Bundes in breiter Ausführlichkeit erörtert worden. Ich gebe aus den umfangreichen parlamentarischen Verhandlungen beider Häuser nachstehend charakteristische Äußerungen hervorragender Politiker der drei Parteien wieder.

Im Senat hatten schon früher gelegentlich einige hervorragende Senatoren zu Chamberlains Vorschlag Stellung genommen[2]). So hatte sich ein schutzzöllnerischer Senator Viktorias befürwortend dahin geäußert: „Ich würde nachdrücklich empfehlen, wenn die Sache jemals in einer bestimmten Form vor den Senat kommt, daß

[1]) „Australia and the Fiscal Problem", p. 11.

[2]) Parl. Deb., Sess. 1904, Senate 3 III, p. 41 u. 66.

wir in einigen Fällen den Zoll für England erniedrigen sollten." Den entgegengesetzten Standpunkt hatte der freihändlerische Senator Gray (Neusüdwales) zum Ausdruck gebracht: „Ich fühle, daß ‚preferential trade' keine Frage praktischer Politik in unserer Zeit ist. Es wird für dieses Parlament genügend sein, die Frage in Erwägung zu ziehen, wenn sie von dem Volke des Vereinigten Königreiches beschlossen ist." Der freihändlerische Senator Pulsford (Neusüdwales) leitet am 24. November 1904[1]) die eigentliche Debatte ein: „Wenn man mich fragt, ob ich an die Zukunft unseres Reiches glaube, so erwidere ich durchaus bejahend, weil ich an unser Volk glaube und überzeugt bin, daß seine Freiheitsliebe kein vorübergehender Impuls, sondern ein instinktiver Trieb ist." Trotz aller Loyalität für das Mutterland verwirft er aber Chamberlains Vorschlag: „Es ist korrekter, den Ausdruck ‚Strafhandel' (penalized trade) als den Ausdruck ‚preferential trade' anzuwenden. Der Vorschlag geht dahin, eine Strafe auf der einen Seite zu verhängen und Begünstigung auf der anderen Seite zu schaffen." Pulsford lehnt schließlich prinzipiell den Plan ab, weil er Beschränkung der nationalen Selbständigkeit bedeute. Er verlangt unbeschränkten Freihandel auf den kolonialen Märkten ohne jede Beschränkung des ausländischen Wettbewerbes: „Leider ist in dem alten Lande unter dem Einfluß dieser neuen Politik eine deutliche Tendenz entstanden, Australien und den anderen Teilen des Reiches die volle Unabhängigkeit vorzuenthalten. Man spricht, wie die Fremden Großbritannien von seinen eigenen Märkten verdrängen, indem man augenscheinlich der alten Idee folgt, die in England vor Jahrzehnten geherrscht hat, daß die kolonialen Märkte für die Ausbeutung der britischen Kaufleute bestehen. Ich will Freihandel, ich will, daß britische Kaufleute und alle anderen Kaufleute Zutritt zu unseren Märkten haben."

Nach dieser freihändlerischen Ablehnung des Präferenzvorschlages hat im Senat kein hervorragendes Mitglied mehr den ernsten Versuch gemacht, das Gegenteil befürwortend zu vertreten. Der Vorschlag ist nicht einmal der Abstimmung für wert gehalten worden; die Debatte wurde sine die vertagt — einen unglücklicheren Ausgang konnte die Diskussion über Chamberlains Vorschlag kaum nehmen.

Interessanter und wichtiger ist der Verlauf der Debatte im Abgeordnetenhaus, in dem die ganze Frage noch ausführlicher durchberaten worden ist. Überhaupt tritt der Bundessenat in seiner politischen Wirksamkeit bedeutend zurück. Das Programm der

[1]) Parl. Deb., Sess. 1904, Vol. 23 u. 24, p. 7357 u. 8231 ff.

Arbeiterpartei fordert sogar die Beseitigung dieser Körperschaft. Im Abgeordnetenhause brachte nun Alfred Deakin als Mitglied desselben einen Antrag auf Vorzugsbewilligung ein[1]): „Die Vorschläge des Staatssekretärs für die Kolonien auf der Kolonialkonferenz 1902 skizzieren eine patriotische und staatsmännische Politik, deren Einzelheiten von einer weiteren Konferenz bei frühester Gelegenheit diskutiert werden sollten. Der Premierminister ist aufzufordern, sich die notwendigen Unterlagen zu verschaffen für die Vorbereitung einer Maßregel, welche der britischen Einfuhr nach Australien, soweit sie allein mit Einfuhren von fremden Ländern konkurriert, einen Vorzug gewährt. Der Premierminister soll schließlich hierdurch ermächtigt werden, für und im Namen des Bundes der Regierung des Vereinigten Königreiches einen Vorzug auf seine Ausfuhr nach Australien anzubieten für einen gleichen Vorzug auf unsere Ausfuhr nach Großbritannien, und zwar einen solchen, der wechelseitig gerechtfertigt ist nach Maßgabe der Bewilligung des australischen Parlamentes."

Dieser Antrag läßt trotz seiner vorsichtigen Fassung doch erkennen, daß Begünstigung hauptsächlich nur auf Kosten der fremden Einfuhr und unter voller Aufrechterhaltung des Schutzzollprinzipes bewilligt werden soll. Die Höhe und Art derselben bleiben aber unbestimmt. „Ich sage", führte Deakin aus, „daß ich irgend eine allgemeine Reduktion der Zölle für England kaum vorschlagen oder unterstützen werde; aber ich meine, daß Reduktionen möglich sind. Wir haben die Interessen Australiens zu bedenken." Deakin, „the leading advocate of preference", nimmt also als Abgeordneter dieselbe allgemein präferenzfreundliche Haltung ein, die er als Premierminister offenbart hat; aber er faßt als Begünstigung für England besonders die Erhöhung der Zölle gegen fremde Länder ins Auge.

Die allgemeine dreitägige Debatte über den Antrag ist sehr instruktiv. Der freihändlerische Premierminister Reid weist als Vertreter der Regierung in seiner offiziellen Rede den Deakinschen Antrag auf zwar vorsichtige, aber unverkennbare Weise zurück: „Da wir eine von derjenigen des Mutterlandes abweichende Politik eingeschlagen haben, wäre es unrecht, in der Brust des britischen Volkes Hoffnungen zu erregen, daß das australische Volk bereit sei, die Produkte Englands freier als bisher zuzulassen. Die Theorie des Schutzzolls herrscht notwendigerweise in jungen Ländern, solange die Industrien klein sind und leicht straucheln. . . . Ich beanspruche, für die Wohlfahrt und die besten Interessen des britischen Reiches

[1]) Dezember 1904, Parl. Deb., Sess. 1904, Vol. 24, p. 8334 u. 8376 ff.

ängstlich besorgt zu sein. Wir wollen einander gegenseitig Vertrauen geben für den durchaus ehrlichen Wunsch, das Beste für die Wohlfahrt des großen Reiches zu tun. Wir müssen uns aber erinnern, daß die Festigkeit des Reiches niemals größer war als jetzt, und daß eine schwere Verantwortung diejenigen trifft, welche diese Freiheit kontraktlich binden wollen. Geschäftsabmachungen zwischen nahen Verwandten sind nicht immer die beste Weise, den Frieden und die Harmonie eines engen Familienlebens zu erhalten."

Da das Reidsche Kabinett auch schutzzöllnerische Mitglieder enthielt (durch deren oppositionelle Haltung das Kabinett bald darauf zerfiel), darf es nicht wundernehmen, daß auch entgegengesetzte ministerielle Anschauungen scharf hervortreten. So vertritt der schutzzöllnerische Handelsminister McLean fast offen die Ansicht der Opposition und desavouiert geradezu den Ministerpräsidenten: „Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir mit einer überlegten Ordnung des Tarifes britischen Gütern ganz in Übereinstimmung mit der Schutzzollpolitik einen wesentlichen Vorzug geben können ohne die australische industrielle Fabrikation zu benachteiligen. Ich glaube, daß wir die Begünstigung geben können, indem wir die Zölle gegen den Fremden vermehren, während sie für Großbritannien bleiben, wie sie sind. Ich habe jedoch nicht den leisesten Zweifel, daß wir in einigen Artikeln die bestehenden Zölle zugunsten des Mutterlandes herabsetzen können. Schließlich können wir einen Vorzug geben, indem wir unsere Freiliste wie bisher für das Mutterland frei lassen, aber für den Fremden einen leichten Zoll auf viele der darin enthaltenen Artikel legen. Wenn wir so verfahren, glaube ich, werden wir weise und klug handeln." Wie als Befürwortung der Vorzugsbehandlung in optima forma kann diese Rede zugleich als Kommentar des Deakinschen Antrages gelten, sie ist auch wohl in diesem Sinne gehalten worden.

Ebenfalls befürwortet die Annahme des Chamberlainschen Planes warm und eindringlich der schutzzöllnerische Abgeordnete Mauger-Melbourne: „Ich spreche die Meinung führender Protektionisten aus, wenn ich sage, daß wir bereit sind, Großbritannien nicht bloß durch Erhöhung, sondern auch durch Erniedrigung der Zölle einen Vorzug zu geben. Wir sind nach gebührender und sorgfältiger Erwägung bereit, dem alten Lande Konzessionen zu machen." Obgleich man bei seinen Worten zunächst an eine sinngemäße Interpretation der Chamberlainschen Forderung glauben könnte, will er den Vorzug sicherlich weniger durch Zollherabsetzungen als besonders und generell wie alle seine politischen Freunde durch Zollerhöhung gegen das Ausland gegeben wissen.

Der nachfolgende Satz aus der markanten Rede des südaustralischen Abgeordneten Glynn gibt wohl die schutzzöllnerische Durchschnittsstimmung annähernd wieder: „Das Prinzip, wie es auch in den Kolonien wohl durch jede größere Körperschaft des Volkes gebilligt wird, geht dahin, den Fremden höher zu besteuern, aber nicht die bestehenden Zölle zugunsten Englands zu erniedrigen.“

Zur selben Ansicht bekennt sich einer der eifrigsten und hervorragendsten Vertreter schutzzöllnerischer Prinzipien, Sir William Lyne, der Handelsminister in dem gegenwärtigen Ministerium Deakin. Obwohl einer der eifrigsten Anhänger der Zolldifferenzierung, äußert er[1]): „Unter gegenwärtigen Verhältnissen können wir auf keine Weise die bestehenden Zölle zugunsten Großbritanniens erheblich erniedrigen und gleichzeitig die heimischen Industrien schützen. Ich denke zwar nicht, daß es notwendig sein wird, die Zölle auf viele Gegenstände, die Großbritannien importiert, zu erhöhen, aber wir wollen sehr viel höhere Zölle auf die fremde Einfuhr legen. Es ist absurd, von einer Erniedrigung unserer Zölle zu sprechen.“ Man sieht, daß dieser einflußreiche Politiker und Minister auch als Verfechter des Vorzugsprinzipes doch gar keine Zollreduktionen für England gewähren will, sondern daß er nur eine allerdings recht beträchtliche Zollerhöhung gegen das Ausland befürwortet. Mithin ist auch bei einem Teil der Schutzzollpartei selbst von einer partiellen sinngemäßen Auslegung der Chamberlainschen Forderung kaum die Rede.

Den Höhepunkt erreicht die Debatte mit der politschen Stellungnahme Watsons, des anerkannten Führers der Arbeiterpartei. Als Abgeordneter macht er aus seiner Überzeugung kein Hehl, während er sich als Ministerpräsident und Vertreter der australischen Regierung Zwang und Zurückhaltung notwendig auferlegen mußte. Seine Worte sind geradezu von entscheidender Bedeutung für die ganze Frage, weil das gegenwärtige Deakinsche Ministerium nur mit Hilfe des schutzzöllnerischen Flügels der Arbeiterpartei unter Watsons Führung seine Existenz sichern kann. Nur so weit also können Deakin und seine Gefolgschaft auf Erfüllung ihrer Politik rechnen, wie Watson sie billigt. Die wesentlichen Punkte seiner mit großer Aufmerkamkeit vom ganzen Hause verfolgten Rede sind, wie folgt, wiedergegeben[2]): „Es ist meine Pflicht, nur auf den konkreten Vorschlag zu sehen und zu erwägen, ob er der Allgemeinheit zum Vorteil gereichen wird. Ich habe nun keine Sympathie für irgend eine

[1]) Parl. Deb., Vol. 24, p. 8346 ff.

[2]) Parl. Deb., Sess. 1904, Vol. 24, p. 8527 ff.

Anregung eines trockenen Schemas mit ‚Imperial Federation‘. Aber ich halte dafür, daß der Vorschlag einer Teilhaberschaft oder eines gegenseitigen Übereinkommens in den Tarifen zu beiderseitigem Vorteil uns nicht mehr der ‚Imperial Federation‘ überliefern würde. Ich glaube deshalb an einen imperialistischen Zollverein, der sich nur auf Handelszwecke bezieht, aber in keiner Weise mit ‚Imperial Federation‘ oder ‚Imperial Defence‘ in Verbindung steht, an einen Handelsvertrag (trade treaty) für gegenseitigen Vorteil. Ich halte es darum für unsere Pflicht, nicht nur für das australische Volk, sondern auch für die Bevölkerung Großbritanniens möglichst klarzulegen, was unsere eigenen Wünsche sind, damit man sie in Betracht ziehen kann. Indem ich nun im allgemeinen Sinne spreche, meine ich, sollte das Übereinkommen gegenseitig sein, wenn es für Australien irgend einen Vorteil haben soll. Ich halte ferner dafür, daß Australien seine Zölle ordentlich gegen den Fremden erhöhen sollte. Unsere Zölle sind als Schutzzölle für das Gedeihen der Industrien schon sehr niedrig. Deshalb begünstige ich durchaus die Aufrechterhaltung der bestehenden Schutzzölle gegen die Industrien Großbritanniens und die Erhöhung unserer Zölle gegen den Fremden. Es ist meine Überzeugung, daß die Bewegung in der rechten Richtung verläuft, aber es folgt daraus nicht, daß ‚Imperial Federation‘ auf ein Übereinkommen für Vorzughandel aufgebaut werden soll.“ Also den Gedanken jeder politischen Föderation streng, nachdrücklich und wiederholt abweisend, befürwortet auch Watson die Gewährung eines Vorzuges nur durch Erhöhung der gegenwärtigen Zölle gegen das Ausland. Durch dieses Programm der auswärtigen Politik aus dem Munde des Führers der ausschlaggebenden Partei ist, wie bemerkt, zugleich die künftige Politik Deakins und seiner schutzzöllnerischen Gefolgschaft einigermaßen mitbestimmt. Die Spannung hat sich nun merklich gelöst. Von den Nachredern äußert sich der Freihändler Joseph Cook (Neusüdwales) über die geschaffene Klärung: „Der Antrag spricht von gegenseitiger Bevorzugung. Jetzt wissen wir, daß der Vorzug als ‚Herauf‘ gegen den Ausländer, nicht als ‚Herab‘ zugunsten Großbritanniens gemeint ist.“

Daß aber auch diese schutzzöllnerischen, beschränkt präferenzfreundlichen Gewährungen konstanten Widerstand bei den Freihändlern finden werden, drückt Henry Kelley (Neusüdwales) aus: „Meine Ansicht ist, daß das vorgeschlagene System gegenseitiger Begünstigung gerade der Einheit schädlich sein würde, die es fester gestalten soll. Ich erhebe keinen Widerspruch, wenn Australien Großbritannien einen freiwilligen Vorzug gibt, aber ich widersetze

mich aufs äußerste unserem Eintritt in ein vertragsmäßiges Übereinkommen, weil ich überzeugt bin, daß jedes Feilschen mit späterem, ungleichem Erfolge eine Gefahr für die Integrität des Reiches nach sich ziehen wird. Die Mitglieder meiner Partei würden aber höchst wahrscheinlich die Gewährung einer ‚voluntary preference' an Großbritannien unterstützen."

Schließlich seien noch aus den Schlußverhandlungen die Äußerungen zweier bedeutenderer, schutzzöllnerischer Mitglieder wiedergegeben. Der Abgeordnete Ronald (Melbourne) drückt sich diplomatisch dahin aus: „Wir glauben, daß mit einem vernünftigen Schutzzoll, mit einem leidlichen Vorzug und einer ‚semi Imperial policy' viel getan werden kann, die Lebensbedingungen des britischen Reiches zu bessern." Ein zweiter schutzzöllnerischer Abgeordneter Melbournes, Maloney, befürwortet als Vorzug wieder offenkundig und einseitig die alleinige Erhöhung der Zölle gegen das Ausland, denn er sagt: „Wenn es beabsichtigt ist, unsere gegenwärtigen Zölle auf fremde Waren zu erhöhen als Vorzug für Großbritannien, so werde ich dem bereitwilligst zustimmen." Dieser Abgeordnete aus der Hochburg des Schutzzolls drückt auch noch in scharfen Worten den heftigen Argwohn und das Mißtrauen aus, das selbst die protektionistische Partei gegen Chamberlain hegt: „Ich betrachte Mr. Chamberlains letzte Handlungen als Staatsmann mit der tiefsten Verachtung. Ich gebe wohl zu, daß er hohe Fähigkeiten besitzt, aber die besitzt der Teufel auch. Mr. Chamberlain ist gegen Transvaal (Einführung chinesischer Kulis) schlechter als der Satan gewesen. Kann schließlich überhaupt irgend ein Mitglied ehrlich erklären, daß wir in den Kolonien jemals eine Reform erhalten haben, für die wir den Konservativen zu danken haben?" Wenn sich sogar ein Schutzzöllner so hart über die Chamberlainsche Politik ausspricht, welche Empfindungen mögen dann erst die Freihändler oder Labour men im Innern ihrer Seele hegen!

Während der dreitägigen Parlamentsdebatte über die Frage der Vorzugsgewährung war das Haus nur sehr schwach besucht. Deutlicher kann die allgemeine, apathische Gesinnung der Abgeordneten, von denen manchmal die Zahl zwischen fünf bis zehn schwankte, kaum hervortreten. Nur wenn die Führer der drei Parteien sprachen, war das Haus in beschlußmäßiger Anzahl besetzt. Da der Antrag fast einmütige Unterstützung nur bei der Schutzzollpartei und beschränkte Befürwortung von dem kleineren Teile der Labour Party fand, konnte sich für ihn im Parlamente keine Mehrheit ergeben. Der von Reid als Ministerpräsidenten und von der Opposition gestellte Antrag auf Vertagung wurde schließlich der

Abstimmung unterworfen. Man wußte im Hause, daß mit der Vertagung zugleich die Ablehnung für absehbare Zeit ausgesprochen war, die Frage damit zunächst vom politischen Horizont verschwinden würde. Nicht nur im Parlament, sondern in ganz Australien erwartete man deshalb mit allgemeiner Spannung das Ergebnis der Abstimmung, das Votum für oder gegen Vorzugsbehandlung. Das Parlament entschied sich nun in einem wenig besuchten Hause mit fünf Stimmen Majorität für Vertagung sine die, also für Ablehnung des Antrages. Bei der Abstimmung votierten 22 Abgeordnete für, 17 gegen Vertagung. Charakteristisch ist die allgemein präferenzfeindliche Haltung der Arbeiterpartei, denn den Führer Watson unterstützten nur 3 Anhänger, während 7 für Vertagung stimmten. Das „Age“, die erste schutzzöllnerische Zeitung Melbournes, sagt mit Recht (am 14. Dezember 1904): „Es ist nichts zu gewinnen durch Herabminderung der Bedeutung der schutzzöllnerischen Niederlage. Die Sache hat einen Schlag erhalten, der nicht zu leugnen ist.“

Fassen wir nunmehr das Wesentliche in der Politik der einzelnen Ministerien und der ersten Vertreter der drei parlamentarischen Parteien noch einmal zu einem Endurteil zusammen, so kann man aus den verschiedenen variierenden politischen Komponenten folgende Resultante ziehen:

1. Die Schutzzollpartei unter Deakins Führung ist durchaus präferenzfreundlich gesinnt. Während die Partei früher den Standpunkt vertrat, daß die ersten Schritte von England getan werden müßten, schlägt Deakin jetzt vor, die Initiative in dieser Frage zu ergreifen, England einen Vorzug anzubieten unter zwei Voraussetzungen:

a) daß er auf Gegenseitigkeit beruhen soll, England nach der Gewährung Australien auf Grund des Chamberlainschen Vorschlages differenzieren soll.

b) daß die industrielle Entwickelung Australiens keineswegs geschädigt oder gehemmt wird, daß die bestehenden Zölle durchschnittlich auch für England in Geltung bleiben, die Differenzierung infolgedessen

  α) allgemein und hauptsächlich durch sehr bedeutende Erhöhung der Zölle gegen das Ausland,

  β) in einigen Fällen durch Reduktion der bestehenden Zölle zugunsten Englands,

  γ) durch Diskriminierung der fremden Länder in der Freiliste

gegeben werden soll.

Hervorzuheben ist hier, daß ein nicht unbeträchtlicher und, wie es scheint, ständig wachsender Teil der Schutzzollpartei jeder Zollreduktion, auch in dieser geringen Ausdehnung, abgeneigt ist.

2. Die Arbeiterpartei unter Watsons Führung ist in der Präferenzfrage gespalten. Der kleinere, schutzzöllnerische Teil der Partei mit Watson ist zwar präferenzfreundlich, aber noch extremer schutzzöllnerisch und national gesinnt als die Schutzzollpartei, befürwortet eine Bevorzugung nur durch beträchtliche Zollerhöhung gegen das Ausland und will auch in dieser Form der Frage erst näher treten, wenn England den ersten entscheidenden Schritt getan hat. Jedenfalls widerstrebt auch dieser, dem Vorschlag noch geneigte Teil der Partei jeder politischen Konsolidation durch „Imperial Federation".

Der größere Teil der Partei hingegen ist offen präferenzfeindlich gesinnt, und zwar meist aus national-schutzzöllnerischen Motiven, während der Rest streng freihändlerisch ist und politisch der dritten Partei nahe steht.

3. Die Freihändler unter Reid verwerfen generell die Chamberlainschen Vorschläge, weil

a) Australien wirtschaftlich dadurch benachteiligt wird,
b) in den Zollvereinsbestrebungen eine Beschränkung der kolonialen Autonomie liegt,
c) die Durchführung der Präferenz zur Schwächung statt zur Stärkung des Reiches führt.

Die Freihandelspartei befürwortet aber eine allgemeine, wesentliche Erniedrigung der Zölle für England und das Ausland — einen Revenuentarif — unter Verzicht auf jede präferentielle Gegenleistung.

Die Vertreter aller Parteien versichern ihre Loyalität und Ergebenheit gegen England. —

Es ergibt sich, daß die Ablehnung der Chamberlainschen Vorschläge nicht dem Einfluß einer herrschenden Partei zuzuschreiben ist. Das gegenwärtige Ministerium Deakin ist ja durchaus vorzugsfreundlich gesinnt, hat aber bis heute nicht vermocht, die Politik seiner Partei gegenüber der überwiegenden, allgemeinen Ablehnung durchzusetzen.

Die drei Parteien haben etwa gleiche Stärke; die Schutzzollpartei ist etwas kleiner, die Arbeiterpartei etwas größer als ein Drittel. Nur etwa ein Drittel des Parlamentes hat sich demnach mehr oder weniger vorzugsfreundlich in der dargelegten schutzzöllnerischen Auslegung ausgesprochen, die beiden anderen Drittel stehen den Chamberlainschen Vorschlägen ablehnend und feindlich gegenüber. Immer ist aber zu beachten, daß auch die den Vorschlägen geneigte Schutzzollpartei nicht den gewünschten allgemeinen,

substantiellen Vorzug im Chamberlainschen Sinne, sondern in der Hauptsache nur eine Zollerhöhung gegen das Ausland als Vorzug für England gewähren will.

Neuerdings ist der politische Einfluß der Schutzzollpartei in Australien geringer geworden. Die Zahl der parlamentarischen, nicht demokratischen Vertreter des Schutzzolls ist in beiden Häusern bei den letzten (zweiten) Bundeswahlen zurückgegangen, die der beiden anderen Parteien hat eine ziemlich konstante (Freihändler) oder rasch wachsende Entwickelung (Labour Party) gezeigt, wie nachstehende Tabelle ausweist:

Bundes-Wahlen	Senat			Abgeordnetenhaus		
	Schutzzoll-partei	Freihandels-partei	Arbeiter-partei	Schutzzoll-partei	Freihandels-partei	Arbeiter-partei
1901	8	14	14	29	28	18
1904	6	13	17	23	28	24

Besonders die in der Tabelle klar hervortretende, steigende parlamentarische Macht der Arbeiterpartei dürfte die bisherige freundliche Haltung der Schutzzollpartei zu Chamberlains Vorschlägen künftig retardierend beeinflussen, weil ja das schutzzöllnerische Ministerium, um seine Existenz sicher zu stellen, auf den Beistand der Labour Party notwendig angewiesen ist. Mir scheint diese ziemlich unumgängliche Entwickelung jetzt schon Früchte zu tragen. Hauptsächlich dem Einfluß der Labour Party wird es zuzuschreiben sein, wenn jetzt in neuester Zeit die Deakinsche Regierung keine Initiativpräferenz — selbst in der kennengelernten, beschränkten Form — mehr gewähren will, sondern wie früher das erste Anerbieten von England erwartet. So heißt es in einem australischen Bericht des „Economist" (vom 28. April 1906), „daß die Regierung des Bundes auf ein ‚offer' von England zunächst wartet und daß kein Vorschlag bis jetzt formuliert ist".

III.

A.

Es drängt sich uns nunmehr die Frage auf: Wird die gegenwärtige politische Stellungnahme der Parteien zu Chamberlains Vorschlägen dauernd sein?

Am einfachsten ist diese Frage für die Schutzzollpartei und ihre Anhänger unter den Arbeitern zu beantworten. Ihr Ziel ist, die australischen Industrien zu erhalten und zu fördern. Prüfen

wir, ob die hauptsächlichsten australischen Industrien mit den wichtigsten Exportindustrien Englands konkurrieren.

Nachstehende Tabelle (nach Coghlans „Stat. Acc.") enthält die wichtigsten neun Industrien (acht davon je über 5000 Arbeiter) in den Jahren 1900 und 1903.

Industrieklassen	beschäftigte männl. und weibl. Arbeiter 1900	beschäftigte männl. und weibl. Arbeiter 1903
Industrie der Steine und Erden, Glasind.	7 300	7 900
Holzindustrie	16 500	16 300
Metall- und Maschinenindustrie . . .	35 300	36 400
Nahrungsmittelindustrie	34 600	31 300
Textil- und Bekleidungsindustrie . . .	43 800	53 300
Papierindustrie etc.	16 200	17 200
Wagenbauindustrie etc.	7 800	7 500
Möbelindustrie	4 500	5 400
Schiffbauindustrie	2 100	2 000

Die Tabelle läßt erkennen, daß diese Industrien zugleich die wichtigeren Exportindustrien Großbritanniens (mit Ausnahme der Kohlenindustrie) in sich begreifen. Da nun aber in diesen Hauptindustrien niemals allgemeine Zollreduktion für England gewährt werden soll, so ist damit indirekt ausgesprochen, daß man Chamberlains Vorschläge sinngemäß nie annehmen wird. Dieser Schluß ist auch von den beiden ablehnenden Parteien gezogen worden, Reid selbst drückt es wiederholt aus, daß man Chamberlain keine Hoffnung machen könne, weil die Industrien, die Australien immer geschützt wissen will, auch die gleichen sind, auf die Chamberlain wesentliche Zollnachlässe fordert. Wenn nun gerade die Schutzzollpartei, welche doch besonders diese Industrien konserviert und ausgestaltet sehen will, Chamberlains Plan besonders befürwortet, so geschieht dies hauptsächlich zu dem Zwecke, höhere Schutzzölle gegen das Ausland zu gewinnen. Man hat wahrgenommen, daß es England vielfach schwer fällt, gegen die bestehenden Zölle anzukommen, daß es aber dem Auslande noch gut gelingt. Da nun keine Aussicht vorhanden ist, daß das Volk freiwillig den schutzzöllnerischen Forderungen entgegenkommt, kleidet man sie in das Mäntelchen der Vorzugsbehandlung des Mutterlandes, befürwortet diese hauptsächlich durch Erhöhung der Zölle gegen das Ausland, weil man weiß, daß England dadurch nichts oder wenig gewinnt, der konkurrierende Ausländer aber beseitigt wird. So äußert sich das führende protektionistische Organ „The Age" in Melbourne: „Die protektionistische Majorität hat

sich selbst für ‚preferential trade policy‘ verpflichtet. Möge sie diese Politik organisieren und durch das Parlament bringen. Indem sie so verfährt, wird sie Australien den höheren Schutzzoll bringen.“ Aber auch England soll bei diesem fein ausgedachten Handel nichts gewinnen. So heißt es offen und rückhaltlos in einem australischen Bericht des „Standard“: „Man darf nicht erwarten, daß die schutzzöllnerische Partei, obwohl sie erfreut darüber ist, daß England den Schutzzoll anzunehmen geneigt scheint, bereit ist, irgend welche Konzessionen zu machen bezüglich der Zollreduktionen auf britische Produkte. Gerade den britischen Fabrikanten fürchtet sie. Der australische Schutzzöllner wird die Zölle auf Nahrungsmittel und Rohstoffe gern annehmen und ebenso gern die Zölle auf Fabrikate fremder Länder erhöhen, aber er wird seine Zölle nicht zugunsten Englands herabsetzen. Die praktische Wirkung der Vorschläge wird sein, daß der protektionistischen Partei in die Hände gearbeitet wird, die immer ihr Bestes getan hat, die Fabrikate Englands aus Australien auszuschließen.“

Die Bereitwilligkeit, einige Artikel zugunsten Englands in ihren Zöllen zu reduzieren, ist immer mehr eingeschränkt worden. Man spricht heute in der Tat fast nur noch von einer recht beträchtlichen Erhöhung gegen den Fremden. Noch ganz kürzlich (am 27. September 1905) sagte der Minister Playford im Parlament[1]): „Die Regierung (Deakinsches Ministerium) begünstigt die Erhöhung der Zölle gegen alle Länder außer England. Meine Meinung ist auch, daß wir die jetzt bestehenden Zölle für Großbritannien beibehalten, sie aber für alle Länder besonders erhöhen sollten.“ In der schutzzöllnerischen Presse tritt diese einseitige Tendenz noch schärfer hervor. So äußert sich „The Age“ (am 5. Oktober 1904): „Man muß zugeben, daß, da unser Tarif zu niedrig ist, die einzige Weise, auf die wir England einen effektiven Vorzug geben können, in einer einschneidenden Erhöhung der Zölle gegen alle Fremden besteht, indem gleichzeitig die gegenwärtigen Zölle für England bestehen bleiben. Wir gelangen daher zu dem Schluß, daß ‚preferential trade policy‘ in Australien nur eine beträchtliche Erhöhung der Zölle gegen den Fremden bedeutet.“ In der gegnerischen Presse wird diese England gegenüber wenig aufrichtige Politik immer mehr erkannt und scharf kritisiert. So sagt der „Daily Telegraph“ in Sydney (am 15. September 1904): „Die Haltung der Schutzzollpartei offenbart sich durch das freie Geständnis provinzialer Selbstsucht, auf Grund dessen sie das erstrebt, was Mr. Chamberlain aus hohen

[1]) Parl. Deb., Sess. 1905, No. 13, p. 2821.

patriotischen Gründen für die Festigung und Einheit des Reiches für notwendig hält. Keine substanziellen Zollnachlässe werden Großbritannien zugestanden. Und die dem Briten für die hohen Lebensmittelzölle gebotene Kompensation besteht darin, daß der Fremde noch schlechter als er selbst behandelt werden soll." Mir ist nicht zweifelhaft, daß hauptsächlich der lebhafte Wunsch, auch die fremde Konkurrenz in ihrer Entwicklung in Australien zu hemmen, die Schutzzollpartei bestimmt und künftig bestimmen wird, die Chamberlainschen Vorschläge in der gedachten Einschränkung zu befürworten.

Dieses Urteil gewinnt an Zuverlässigkeit, wenn man genauer prüft, in welchen Artikeln und in welcher Höhe wirkliche Zollreduktionen gewährt werden sollen. Man ist zwar mit konkreten Vorschlägen derart recht vorsichtig gewesen. Aber man konnte doch nicht umhin, sich über die Artikel, in denen England Zollnachlässe gewährt werden sollen, näher zu äußern. Da findet man denn, daß in allen Vorschlägen, die im Parlament wie in den schutzzöllnerischen Interessenvertretungen gemacht worden sind, immer nur zwei (!) Artikel genannt werden: baumwollene und leinene Stückwaren (cotton and linen piece goods) und Messerwaren (cutlery). In diesen beiden Artikeln besitzt aber England schon heute ein Monopol, denn ihm gehörten im Jahre 1903 von der Einfuhr baumwollener und leinener Stückgüter bereits 95,2 Proz., von derjenigen der Messerwaren 85 Proz. Der ganze England gewährte Vorteil besteht also darin, daß es im günstigsten Falle noch den geringen Anteil der fremden Länder zugewinnen kann. Über die Höhe der Zollreduktion in diesen beiden Artikeln hat man sich vorsichtigerweise weder im Parlament noch in den wirtschaftlichen Verbänden klar ausgesprochen. Im Parlament äußerte einmal ein schutzzöllnerischer Abgeordneter, daß eine Reduktion von 5 Proz. des gegenwärtigen Zolles für England bewilligt werden könnte. Ein so geringer Zollnachlaß würde den an sich schon fragwürdigen Vorteil vollends illusorisch machen.

In diesen beiden Artikeln — aber auch nur in diesen beiden —, in denen also England schon unumschränkt herrscht, soll es noch bevorzugt werden durch einen allem Anschein nach auch nicht einmal sehr bedeutenden Zollnachlaß. So versteht der australische, vorzugsfreundliche Schutzzöllner die englische Forderung nach allgemeinen und wesentlichen Zollreduktionen. Immerhin gehört auch einige Keckheit dazu, sich mit dieser minimalen Gegengabe als ein enragierter Verfechter der Chamberlainschen Pläne hinzustellen. Oft ist von den anderen Parteien im Parlament diese auf eine Täuschung Englands hinzielende Politik der Schutzzollpartei

verurteilt und die Mahnung ausgesprochen worden, aufrichtig gegen England in dieser so wichtigen Frage zu sein. So sagt der viktorianische Abgeordnete Arthur Robinson (am 22. August 1905) im Parlamente: „Ich bitte nur um das eine, daß, wenn wir Großbritannien ein Vorzugsanerbieten machen, wir wirklich aufrichtig sein sollten. Wir sollten nicht das Mutterland zu dem Glauben bringen, daß wir ihm eine Konzession machen wollen, wo doch als Tatsache alles, was die Mitglieder der Schutzzollpartei als Begünstigung vorschlagen, für England von keinem Werte ist.“ Ähnlich äußert sich der Abgeordnete Lonsdale (Neusüdwales): „Für das vorgeschlagene schutzzöllnerische Anerbieten stimmen, heißt für etwas stimmen, das nichts mehr als ein Stück politischer Heuchelei ist. Was für eine Hypokrisie ist es, von uns zu sagen, daß wir bereit wären, den britischen Fabrikanten Konzessionen zu machen.“

Die Schutzzollpartei hat aber auch nie unterlassen, immer nachdrücklich zu betonen, daß man sonstige Zollreduktionen England keinesfalls gewähren könne, jede weitere Begünstigung könne allein durch außerordentliche Zollheraufsetzung gegen das Ausland gegeben werden. Auch in dieser Hinsicht fehlt es noch an konkreten Vorschlägen. Watson sprach (am 25. August 1905) im Parlament von einem Generaltarif mit allgemeinen Wertzöllen von etwa 45 Proz. für das Ausland und solchen von 30 Proz. für England (die heutigen Wertzölle bewegen sich hauptsächlich zwischen 10—20 Proz.). Wenn er dann weiter bemerkte, daß auf diese Weise beiden gedient wäre, so trifft das in Wirklichkeit hauptsächlich nur für die Freunde und Vertreter des Schutzzolls in Australien zu, denn England kommen die bestehenden Zölle schon recht schwer an. Ein Abgeordneter Tasmaniens, Dobson, sprach (am 27. September 1905) seine Vermutungen dahin aus, daß gegen das Ausland Zölle von 30 Proz., gegen England solche von 25 Proz. wahrscheinlich wären. Er fügte dann aber aufrichtig hinzu: „Ich glaube mit Mr. Chamberlain, daß, wenn wir solche hohen Zölle gegen England besitzen werden, und noch höhere gegen andere Länder, preferential trade is nothing but a mockery.“ Der Wunsch nach exorbitanter Erhöhung der Zölle gegen das Ausland tritt in neuester Zeit immer schärfer hervor. So heißt es in einem australischen Bericht des „Economist“ (vom 28. April 1906), daß die schutzzöllnerischen Ratschläge vor der jetzt noch tagenden Tarifkommission abgegeben worden seien für eine Erhöhung der Zölle auf 45 Proz. Man werde (bei den heutigen Zöllen von 20 Proz.) durch Einfuhren belästigt, und man müsse „absolut“ geschützt sein. 45 Proz. wären hoch genug, allen Wettbewerb von außen fernzuhalten. Um England aber einen Vorzug

zu gewähren, müsse auf fremde Einfuhren noch ein Zuschlag von 10 Proz. gelegt werden. . . Man sieht hier klar, wohin die Entwickelung zielt. Ich schließe mich vollkommen den Äußerungen Arthur Robinsons (Viktoria) an, wenn er (am 14. Dezember 1904) die Politik der Schutzzollpartei umfassend und scharf dahin charakterisiert: „Deakin und seine Freunde wollen einen scheinbaren Vorzug (make-believe preference) geben. Dieses Streben nach prohibitiven Schutzzöllen sollte dem britischen Volke bekannt gemacht werden. Man sollte in England verstehen, daß ein umfassender Teil der Schutzzollpartei, indem er sagt, daß er die Gewährung eines Vorzuges befürwortet, nur eine sehr einseitige und trügerische Begünstigung befürwortet, eine solche, welche den britischen Export nach Australien nicht vermehren wird."

Daß England ganz etwas anderes fordern müsse als diese schutzzöllnerischen „Vergünstigungen", hat Chamberlain stets betont. Die beträchtliche Benachteiligung des Auslandes wirkt denn auch nur zum Vorteil des einheimischen Fabrikanten, wenig oder gar nicht für England und ist überhaupt kein Äquivalent für das, was man von England fordert.

Wenn einmal der Chamberlainsche Vorschlag sinngemäß und ernsthaft in Australien erwogen werden sollte, würde sicherlich die Schutzzollpartei ihre jetzige Haltung ändern und Chamberlains Vorschläge auf das heftigste bekämpfen. Nach einem Bericht im „Economist" (vom 28. April 1906) ist sogar von schutzzöllnerischer Seite die Forderung laut geworden, England solle die doppelten Zollsätze des Chamberlainschen Programms als Vergünstigung für Australien zur Einführung bringen (z. B. bei Weizen 4 s. pro qu.). Es mag sein, daß man hauptsächlich deshalb so exorbitant fordert, weil man sicher ist, daß England darauf nicht einzugehen vermag, man seinerseits deshalb auch keine weitergehenden Reduktionen machen braucht und doch dadurch seinen guten Willen und seine „Präferenzfreundlichkeit" wieder bekundet hat.

Die Betrachtung führt zu dem Urteil, daß die Ziele, die Chamberlain und die australische Schutzzollpartei verfolgen, einander widersprechen. Auch die Schutzzollpartei wird ihre heutige freundliche Haltung aufgeben, sobald Chamberlains Politik auf Kosten ihrer eigenen in Australien gewinnen sollte, sobald überhaupt die beiden fortschreitenden, divergierenden Entwickelungen nach den einander feindlichen und entgegengesetzten Zielen sich nicht mehr künstlich überbrücken lassen. Sollte England sich der Hoffnung hingeben, daß es durch die Politik der Schutzzollpartei einen wirklichen Vorzug auf dem australischen Markte erringen

werde, so muß es sicherlich früher oder später recht bitter enttäuscht werden.

B.

Vertreten die australischen Schutzzöllner die Interessen der Industrie, so die Freihändler hauptsächlich die der exportierenden Wirtschaftszweige: des Bergbaues und der Landwirtschaft. Ihnen wird noch für lange Zeit die Mehrheit der Bevölkerung angehören. Der bergbautreibenden Klasse bieten die Chamberlainschen Pläne kaum irgend welche Vorteile. Wohl aber ist die Frage von entscheidender Bedeutung, inwieweit die australische Landwirtschaft daran interessiert ist. Denn gerade die Erzeugnisse des Ackerbaues und der Tierzucht sind die Kompensationsobjekte für die Vorteile, welche der britischen Industrie auf den kolonialen Märkten verschafft werden sollen. Die Beantwortung jener Frage setzt eine Untersuchung der Produktionsbedingungen und Entwickelungsmöglichkeiten der australischen Landwirtschaft voraus.

1. Die australische Weizenproduktion.

Der wichtigste handelspolitische Vorteil, den England den Kolonien zu bieten vermöchte, liegt in der Bevorzugung ihres Brotgetreides. Würde Australien an dieser Vergünstigung einen erheblichen Anteil haben?

Die allgemeinen klimatischen Verhältnisse Australiens sind recht eigenartig, so wechselnd und unbeständig wie in wenigen anderen Ländern und im allgemeinen recht ungünstig für die Urproduktion, besonders den Acker- und Pflanzenbau. Zunächst herrscht in den ungeheuren inneren Gebieten echtes Kontinentalklima Die Temperatur steigt im Sommer außerordentlich hoch und sinkt im Winter unverhältnismäßig tief. So besitzt (nach Sievers-Kükenthal, Australien und Ozeanien) das ganze Innere Australiens im Sommer (Januar) eine mittlere Temperatur von 30—40° C., im Winter (Juli) eine solche von weniger als 20° C. Die Temperaturmaxima und -minima schwanken hier zwischen + 55° C. und — 5° C., weshalb im Winter im Innern die Nächte ganz empfindlich kalt, die Sommertage unerträglich heiß sind, so daß, wie J. Hann in seiner Klimatologie sagt, „ein auf den Boden geworfenes Zündholz sich sofort entzündet". Das Gebiet, das unter diesen widrigen Temperaturverhältnissen leidet, ist der ganze Kontinent mit Ausnahme der Küstenregionen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Verteilung

der Niederschlagsmengen ganz verschieden ist. Der Norden im Bereich des Nordwestmonsuns und des Nordostpassates hat Niederschlagsmengen von 1000—2100 mm (Port Darwin 1600, Kap York 2000 mm), die mittleren, zentralen Teile Australiens aber sind sehr arm an Niederschlägen, weil der Südostpassat bei der ungünstigen Stellung der australischen Alpenkette seine Feuchtigkeit zum größten Teile bereits an den Ostabhängen des Gebirges verliert, so daß das Hinterland nur wenig Niederschläge erhält. Während Sydney deshalb 1250—1300 mm Niederschlag besitzt, erhält Wagga (direkt am Westabhange der australischen Alpen) nur noch 600 mm. Das ganze große und heiße Innere Australiens hat weniger als 200 mm Regenfall, ist sogar in weiten, öden Strecken regelrechte Wüste und gänzlich regenlos. An der West- und Südwestküste des Kontinentes steigt der Niederschlag wieder bis gegen 800 mm (Perth 860, Albany 680 mm), ebenso, wenn auch in geringerem Maße, an der Südküste, so daß Südaustralien etwa 200—500 mm Regenfall besitzt (Port Augusta 220 mm, Adelaide 530 mm). Schließlich herrschen in den südöstlichen Küstengebieten Australiens, in Tasmanien (und Neuseeland) westliche Winde vor, die einen hohen Feuchtigkeitsgehalt haben, und hat Viktoria und Tasmanien deshalb einen durchschnittlichen Niederschlag von 600—1300 mm (Melbourne 650 mm). Die unregelmäßige Verteilung dieser Niederschlagsmengen über das Jahr führt weiter dazu, daß die Ost- und Südostküste mit ihrem Hinterland häufig an Überschwemmungen leiden. Ganze Regenmengen des Jahres fallen manchmal in wenigen Tagen. — Zu diesem heißen Klima, den geringen Niederschlagsmengen im ganzen großen Innern und den widrigen Niederschlagsverteilungen kommen weiter, den Ackerbau häufig ganz vernichtend, die heißen Winde[1]). Sie treten fast an allen Küsten Australiens auf, am häufigsten im Süden und Südosten. Sie kommen aus dem glühenden Innern während der Zeit von Oktober bis März, also im Südsommer, und versengen die Küsten mit einer Glut, die bis zu 15° noch die mittlere hohe Sommertemperatur der Küstenregionen übersteigt. Häufig sind sie von die Sonne verhüllenden Nebeln begleitet, führen große Staubmassen mit sich und hinterlassen eine plötzliche Abkühlung von 10—17° C. Diese Winde pflegen jährlich 3—8 mal zu erscheinen, am häufigsten in den Monaten November bis Januar. Dann kräuselt sich häufig das Laub, die Weizenfelder versengen, die Körner schrumpfen vor der Reife zusammen und werden hart, die ganze

[1]) Vgl. J. Hann, Handbuch der Klimatologie, S. 390 ff., und Sievers-Kükenthal, Australien und Ozeanien, S. 115 ff.

Entwickelung stockt und schreitet rückwärts, wenn sie nicht überhaupt vernichtet wird. Erwägt man dann noch, daß ständig fließende Gewässer in ganz Australien tatsächlich nur der Murray und sein kurzer Nebenfluß Murrumbidgee sind — der längere Darling löst sich bei Trockenheit in eine Anzahl abgetrennter Flußstrecken auf und hat dann salziges Wasser —, daß das von den Alpen sich immer mehr, selbst unter das Meeresniveau, neigende Hügelland im Innern nur große, abflußlose Salzseen (Lake Eyre) und Creeks besitzt, so könnte man von einem Fluche der Natur reden, die so das Binnenland Australiens für alle Zeiten zur Einöde und Wüste verdammt zu haben scheint. In diesen trocken-heißen Inlandsgebieten wird die so schon eintönige Flora Australiens zu einem unentwirrbaren, strauchartigen Gebüsch „scrub“, das bis 3 m hoch die Einöden dicht überwuchert. Unterbrochen wird diese Wüstenvegetation nur von eintönigen Salzbuschsteppen. Der niedrige Strauch (Artiplex nummularia) mit bläulich-grünen Blättern besitzt aber selbst dann noch safthaltige Bestandteile, wenn alle Vegetation in der Dürre längst ringsum erloschen ist, weshalb die Pflanze in trockenen Jahren ein wertvolles Subsistenzmittel für die Schafe ist.

Die geschilderten klimatischen Umstände lassen schon erkennen, daß Australien von der Natur wohl kaum zu einem großen Ackerbaulande berufen ist trotz des selbst im Innern zum Teil recht guten, lehm- und tonhaltigen Bodens. Dieser fette Boden ist unter den dargelegten physikalischen Verhältnissen häufig sogar nur ein Nachteil für die Bewohner; denn die Wirkungen der Hitze und Trockenheit treten bei ihm am schärfsten hervor. „Der Boden von lehmigem Charakter ist steinhart während der trockenen Zeit und weist Risse auf, die an der Oberfläche mitunter 2 m und darüber breit sind.“[1]) Doch äußert sich über den australischen Boden unser landwirtschaftlicher Sachverständiger beim Konsulat in Sydney, Hucho, weniger günstig (Mitt. d. D. Landw.-Ges., Beil. No. 15, 1905): „Die australischen Bodenarten sind mit Rücksicht auf die vielfach unbefriedigenden Niederschläge durchschnittlich nicht so günstig. Das leichtere und ärmere Land wiegt vor, andererseits können freilich auch manche Distrikte mit den besten deutschen Böden wetteifern.“

Zu diesen jährlich und konstant wirksamen Unbilden treten schließlich noch als größtes klimatisches Übel die periodisch auftretenden, großen, allgemeinen Dürren, die einzelne Teile Australiens oder manchmal fast den ganzen Kontinent auf das schrecklichste heimsuchen. Schon seit den ersten Tagen der Besiedelung sind sie

[1]) Ber. über Hand. u. Ind., Bd. 4, Heft 17, Okt. 1902.

in ihrer verheerenden Wirkung hervorgetreten. Aber sie verhinderten nicht, daß, als die Dürre in den achtziger Jahren weniger fühlbar hervortrat, man sich dem Wahne hingab, sie wären für immer vergangen. Ein zuversichtlicher Glaube an eine große Zukunft machte sich allmählich breit, man war im „boom"; da kam der Rückschlag und traf mit verstärkter Wucht. Die schrecklichste Dürre, wohl seit den ersten Tagen der Besiedelung, — was die Dauer und Ausdehnung anbetrifft — herrschte in Australien vom Jahre 1895 (mit Ausnahme des fast durchschnittlichen Jahres von 1900) bis 1902, wo sie ihren Höhepunkt erreichte. Sie traf mit Ausnahme des Küstenrandes ganz Australien, am schwersten West- und Mittelneusüdwales und das südwestliche Queensland. Jeder Pflanzenwuchs erstarb; was gewachsen war, verdorrte. Alle sonst bestehenden Flüsse und Bäche versiegten schnell; selbst die großen Binnensalzseen trockneten aus. Nachdem man so die eherne, harte Hand der Natur auf sich ruhen gefühlt hatte, bescheidet man sich jetzt immer mehr mit der Erkenntnis, daß Australien nur beschränkte Möglichkeiten für einen dauernden rationellen Ackerbau bietet. Wohl wird es wahrscheinlich in Zukunft seine Produktion noch steigern können, aber die Erträge werden sehr schwanken und auf dem Weltmarkt kein ausschlaggebender Faktor werden.

Solche Erkenntnis gewinnt jetzt in Australien immer mehr an Boden und fördert Chamberlains Pläne nicht, in denen als Lockmittel den Kolonien Vergünstigungen für den Getreideabsatz angeboten werden. So äußert sich ein hervorragender Politiker, Lonsdale - Neusüdwales, im Parlament (am 14. Dezember 1904): „Keine Zollbegünstigung, die von England australischen Produkten gewährt wird, kann die Dürren fernhalten, unter denen wir von Zeit zu Zeit zu leiden haben. Die Ungewißheit unseres Klimas macht es schwierig, größere Zufuhren nach Großbritannien zu senden." Wenn Chamberlain (in seiner Rede vom 1. Januar 1906 in Birmingham, „Daily T.") sagt, daß die koloniale Zufuhr unbegrenzt sei, so ist dies für Australien zum mindesten eine unwissentliche Übertreibung. Australiens Getreideproduktion ist nicht „unlimited". Noch einmal: Das außerordentlich schwankende, trockenheiße Klima, die im ganzen Innern so geringen und noch dazu örtlich und zeitlich ganz unregelmäßig verteilten Niederschläge, die temporären heißen Winde und die periodischen allgemeinen Dürren machen den Ackerbau nur in den bevorzugten Küstenregionen und einigen natürlich bewässerten kleinen Teilen des Innern dauernd möglich und rentabel.

Dieser Schluß aus den unabänderlichen physikalischen Faktoren

wird bestätigt durch das auf die praktische Erfahrung basierte Zeugnis der besten Sachverständigen. Robert Wallace, Professor der Agrikultur an der Universität Edinburgh, hat nach einer Studienreise durch Australien in seiner Schrift „Landwirtschaft und Ackerbau Australiens und Neuseelands“ die Ergebnisse seiner Untersuchungen niedergelegt. Er warnt, als Landmann mit zu großen Hoffnungen und zu wenig Kapital (nicht unter 1000 £) Australien zu betreten. Nur hart arbeitende junge Farmer mit diesem Vermögen haben nach ihm Aussicht auf sicheres Fortkommen. Nicht so freiwillig schenke die Natur in Australien, und nicht belohne sie auch geringste Mühen mit hohen Erträgen wie wohl sonst in jungen Kolonialländern, denn „der Kampf ums Dasein ist dort härter, der Profit geringer“ (p. 91). Weiter sagt er über Boden und Klima[1]: „Nachdrücklich ist zu betonen, daß das Areal guten, kulturfähigen Landes verhältnismäßig klein in den Kolonien ist. Die Variation der Jahreszeiten ist sodann so groß, daß eine Regelmäßigkeit für passende Saatzeit gar nicht innegehalten werden kann. Der Beginn der Jahreszeit mag sich sehr gut anlassen, dann kann in der mittleren Saatzeit die Saat durch zu große Feuchtigkeit verfaulen, gegen Ende durch heiße Winde versengt werden.“ Die Unsicherheit des Klimas, das Hangen und Bangen bei jeder Aussaat und Ernte schildert auch Hucho[2]) folgendermaßen: „Die Wachstumszeit ist von Anfang bis zu Ende eine überaus wechselvolle, und des Landmanns Herz bangt ebensooft in Sorge, als es in froher Hoffnung höher schlägt. Bald spiegelt sich in den Ernteschätzungen volle Verzweiflung, bald übertriebene Erwartung wieder. Man will eben immer noch nicht mit der Tatsache rechnen, daß die Erträge in Australien mehr als sonstwo bis zur Einerntung gefährdet und vor einer solchen kaum mit Sicherheit abzuschätzen sind. Man ist für den Weizenbau schon mit verhältnismäßig wenig Regen, wenn er nur zur rechten Zeit kommt, zufrieden. Denen, die nicht damit verwöhnt sind, genügen vorerst bereits 250 mm für eine auskömmliche Ernte. Für gute Erträge erbitten sie sich dann viel mehr dazu. Und man braucht unter der heißen australischen Sonne, den austrocknenden Winden und auf den im ganzen ärmeren Böden häufigen Regen bis zum Schluß, der aber eben oft genug ausbleibt. Dann vergißt man nur zu gern die vielen anderen Mißhelligkeiten wie ungünstige Einsaat (der ungenügende Aufgang macht bei der Härte des Bodens oft Nachsaaten nötig), Insektenfraß, dann Buschfeuer, Hagel, Stürme, die

[1]) a. a. O. p. 53 u. 54.
[2]) a. a. O., Beil. No. 6, März 1905.

zusammen mehr oder weniger in jedem Jahr fast unvermeidlich in Mindererträgen fühlbar sind.“ Eine der angesehensten landwirtschaftlichen Zeitschriften Australiens hat daher wohl Recht, wenn sie resigniert sagt: „Es wächst nicht, weil es nicht regnet, und wo etwas wächst, wird es von allerhand Übeln und Mißständen geschmälert.“ Jeder Agronom weiß, daß bei so vielen variablen Faktoren der Ackerbau als eine dauernd gesicherte Existenz in Australien eigentlich gar nicht angesehen werden kann. Dieses Urteil träfe auch in der Tat zu, wenn nicht die sehr hohen Erträge der günstigen Jahre die Fehlerträge der häufigen Mißjahre wieder einigermaßen ausglichen. Selbst in den besseren Landstrichen Viktorias ist nach Wallaces Untersuchungen die „Ungewißheit des Klimas“ so groß, „daß ein wirklich gutes, zufriedenstellendes Ertragsjahr nicht öfter als einmal in sieben Jahren einzutreten pflegt und daß deshalb viel für Ackerbau taugliches Land am sichersten unter Weide gelegt wird“. Und diese Entwickelung der Umwandlung des Ackerlandes in Weideland wird unter dem geschilderten klimatischen Zwange in den mittleren und südlichen Teilen Australiens immer mehr vor sich gehen.

Im östlichen Neusüdwales, im nördlichen und östlichen Queensland gibt es zwar, wie wir gesehen haben, genügende, ja sehr reichliche Niederschläge, und treten hier die übrigen hemmenden Faktoren weniger hervor. Aber hier steht, auch als eine Folge der Ungunst des Klimas, dem Ackerbau ein nicht minder großes anderes Übel entgegen: die Verheerung der Getreidefelder durch die Rostkrankheit (puccinia gram.). Zwar hat man, in Queensland besonders, immer wieder neue Versuche gemacht, rostwiderstandsfähige Variationen zu züchten, aber die Individualpotenz dieser „rust-proof“-Züchtungen scheint nicht sehr hoch zu sein, denn eine nennenswerte Besserung ist bis jetzt kaum eingetreten. Und sie ist nach dem Urteil der ersten Sachkenner auch künftig kaum zu erwarten. So äußert sich Hucho[1]): „Ob man der schwer schädigenden Rostgefahr durch entsprechende neue Sorten wirklich und ohne Zeitigung anderer Nachteile für den Gesamterfolg entgehen wird, erscheint bisher recht zweifelhaft.“ So muß und wird denn heute der größere Teil des in diesen Gegenden gebauten Weizens vor der Reife gemäht, als Grünfutter verwendet, zum größten Teil aber zu Heu gemacht. Man hat mit diesen angeblich rostsicheren Weizenarten auch in England (Edinburgh) Versuche gemacht, indem man sie zusammen mit square head und einigen anderen schottischen Varie-

[1]) Mitt. der D. Landwirtschafts-Ges., Beil. No. 15, Aug. 1905.

täten aussäte, die Anfälligkeit war keine geringere als beim square head. Wallace sagt über den Ackerbau in der Umgebung von Toowoomba, der bedeutendsten Stadt der Darling Downs (im südöstlichen Queensland): „Mais gedeiht sehr gut, Weizen ist aber so dem Rost ausgesetzt, daß man eine ausgereifte, gute Ernte nur hin und wieder mit Sicherheit erwarten kann, nämlich etwa einmal in sieben Jahren.“[1]) Selbst von einem guten Landstrich, dem Distrikt um Richmond (zwischen Bathurst und Parramatta), wo man jährlich pro acre durchschnittlich 3 £ Pacht zahlt, sagt Wallace, daß hier sowohl wegen des Rostes, dann aber auch der großen Unbeständigkeit des Klimas wegen der Ackerbau immer noch schwieriger wäre als in England. Zusammenfassend gibt Wallace sein Urteil dahin ab, „daß Getreidebau nur auf sehr beschränktem Areal Australiens getrieben werden kann, solange keine Präventivmaßregel gegen den Weizenrost entdeckt wird“. Dieses Urteil über die Ausweitungsmöglichkeit des Getreidebaues bestätigt auch unser landwirtschaftlicher Sachverständiger Hucho, der folgendermaßen sich äußert[2]): „Angeblich gibt es noch viel unberührtes Weizenland in Australien. In fast jedem Staate schätzt man es auf viele Millionen Hektare. Man ist überhaupt geneigt, mit Benutzung von künstlichem Dünger so ziemlich alles einigermaßen pflügbare Land dafür zu halten, das noch 2—300 mm Regen jährlich empfängt. In der Tat fährt man fort, neue Weizenwirtschaften zu gründen, selbst auf armem Lande, wo von vornherein nur mit künstlichem Dünger genügende Erträge zu erzielen sind. Ich fürchte, ein gut Teil wird mehr oder weniger versagen und wird ganz oder teilweise wieder zu verlassen sein. Der Wassermangel und die Unzuverlässigkeit der Niederschläge bildeten bisher zusammen mit dem Rost ein chronisches Leiden, das die normale, gesunde Entwickelung der Landwirtschaft in Australien hinderte und das diese wahrscheinlich weiterhin kränkeln lassen wird. Es ist kaum eine Aussicht zur vollen Heilung.“

Da also in den australischen Kolonien die Anbaumöglichkeiten durchaus beschränkt sind, so bleiben für die Zukunft hauptsächlich die Ertragssteigerungen der schon in Angriff genommenen Anbauflächen ausschlaggebend. Der Übergang von extensivem zu immer mehr intensivem Betriebe wird aber wiederum durch das Klima erschwert. Also auch im Wege der intensiven Kultur wird Australien keine erhebliche Mehrung der Weizenproduktion erzielen können. Hucho sagt hierüber[2]): „Die Lage der australischen Weizenbauer

---

[1]) a. a. O. p. 72.

[2]) a. a. O., Beil. No. 15, Aug. 1905.

erscheint mir weniger vorteilhaft als die in manchen anderen Weizenländern. Altes Weizenland hat schon höhere Preise und bedarf regelmäßiger Düngung, die zu beschaffen ziemlich kostspielig ist. Die Löhne und Frachten sind höher, die Ernten selbst schwankend und häufig genug unbefriedigend."

Wenn die natürlichen klimatischen Bedingungen eine bedeutende Ausweitung und Intensivierung des Weizenanbaues hindern, so könnte der Einwand gemacht werden, daß durch künstliche Bewässerung (durch die Stauung und Ableitung der Wasserläufe und durch artesische Brunnen) die klimatischen Nachteile ausgeglichen werden könnten.

Was die Bewässerung mit Flußwasser betrifft, so ist zu beachten, daß nur der Murray und Murrumbidgee ständig fließen, also nur die Uferlandschaften an diesen beiden Flüssen in Viktoria und Neusüdwales in Betracht kommen, der große Kontinent ohne jeden Vorteil ausgeht. Nun ist ein Teil der oberen Flußlandschaften beider Staaten schon von Natur vollkommen niederschlagsreich genug und benötigt die Bewässerung kaum, am Unterlauf hat man (in Viktoria besonders) Berieselungsanlagen errichtet, von deren Erfolg oder Fehlschlag man bisher wenig vernommen hat. Zwei wichtige Umstände sind aber auch bei diesen Flußbewässerungen stets zu bedenken: 1. daß, da die größeren Flüsse in Australien in tiefen Betten liegen, große Pumpwerke nötig sind, die mit außerordentlich hohen Kosten verknüpft sind (ganz anders in den westlichen Ebenen der Vereinigten Staaten und Kaliforniens, wo die Gebirgsflüsse ohne viel Kosten durch Gravitation für die Bewässerung der geneigten, flachen Ebenen nutzbar gemacht werden), 2. daß, um die Rentabilität zu sichern, gartenmäßige Kultur getrieben werden muß, besonders (wie in Amerika) neben Gemüse- und Grünfutterbau der Obstbau gepflegt werden muß, Weizenbau aber aus bewässerungstechnischen und besonders finanziellen Gründen nicht getrieben werden kann. Wallace, eine Autorität auf bewässerungstechnischem Gebiete, der die Anlagen im westlichen Nordamerika, Indien und Mesopotamien geprüft hat, bemerkt[1]): „In Australien kann das Wasser nur nutzbar gemacht werden durch kostspielige Pumpanlagen. Dann macht die mehr oder weniger hügelige Beschaffenheit der australischen Ebenen mit dem manchmal nahe an die Oberfläche tretenden, undurchlässigen Untergrund die Bewässerung schwierig und weniger rentabel als in Amerika. Bei den jetzigen Löhnen und Preisen fordert ein Pumpbewässerunsgsystem

[1]) a. a. O. p. 176.

dann immer notwendig ein intensives Kultursystem, wobei man durch Obstbau und Anbau anderer „special crops" mehr erzielt als die durchschnittlichen Erträge gewöhnlicher Kultur. Getreidebau ist aber, für die Gegenwart wenigstens, ganz und gar auf bewässertem Lande ausgeschlossen."

Australien hat noch eine zweite Wasserquelle: die artesischen Brunnen. Besonders in Neusüdwales und Queensland hat man recht gute Resultate erzielt, denn der überwiegende Teil der Bohrungen ist erfolgreich gewesen, in Südaustralien sind die Erfolge bis jetzt nicht so günstig, Westaustralien hat mit der Erschließung dieser unterirdischen Quellen erst begonnen. In Viktoria ist trotz zahlreicher, kostspieliger Versuche jeder Erfolg versagt geblieben. Die Entwickelung in der Ausnutzung dieses natürlichen Wasservorrates ist in allen Kolonien noch nicht abgeschlossen, und dürfen wohl in Zukunft — auch nach dem Urteil unseres landwirtschaftlichen Sachverständigen — in allen Kolonien (außer Viktoria wahrscheinlich) noch namhafte Erfolge zu verzeichnen sein. Da diese Brunnen in einigen Kolonien ganz gewaltige Wassermengen täglich liefern (nach T. A. Coghlan in Neusüdwales etwa 9 Mill. Hektoliter, in Queensland etwa 17 Mill. Hektoliter pro Tag), so liegt der Gedanke nahe, sie zu Bewässerungszwecken zu verwenden. Wohl hat man in dieser Hinsicht Versuche gemacht, die aber fehlgeschlagen sind. Denn selbst das „süße" Wasser dieser artesischen Brunnen enthält soviel Salze (besonders Natriumsalze) gelöst, daß sich bei der Bewässerung mit solchem Wasser die Salze an der Bodenoberfläche verkrusten und so das Wachstum der Pflanzen hindern und sogar vernichten. Selbst wenn sie teilweise vom Boden absorbiert werden, treten sie später bei der Einwirkung der Hitze durch die kapillarische Tätigkeit des Bodens an die Oberfläche, effloreszieren und kristallisieren sich zu großen und kleinen Körnern, deren Bildung selbst eifrigste Kultur nicht zu hindern vermag. Wallau sagt darüber[1]): „Die salzigen Substanzen des Bewässerungswassers erfordern sorgfältige Untersuchung in Australien, wo so vieles artesisches Wasser, das als süß bezeichnet wird, eine deutliche Beimischung mineralischer Salze hat. Solches Wasser ist keineswegs den Herden schädlich, wenn sie daran gewöhnt werden, aber es ist für Bewässerungszwecke nicht brauchbar. Selbst die „sweet waters" der artesischen Brunnen sind in Australien für die Bewässerung ungeeignet."

Weder durch die eine noch die andere Bewässerungsmethode ist also eine Ausweitung des Weizenanbaues möglich. Eine solche

[1]) a. a. O. p. 184 u. 185.

Erkenntnis gewinnt, wenn zwar zunächst noch ganz vereinzelt, immer mehr Vertreter in Australien, während die jetzt noch überwiegenden Optimisten mit ihren hochgeschraubten Hoffnungen kleinlauter zu werden beginnen. So sagt Lonsdale-Neusüdwales im Parlament (am 14. Dezember 1904): „Australien leidet nun einmal von Zeit zu Zeit an Dürren, die einen sehr verheerenden Charakter haben, und der Mangel einer geeigneten Wasserzufuhr während der Dürrezeit ist das Haupthindernis, das eine Ausweitung unseres Kulturlandes verhindert."

Aus dargelegten klimatisch-physikalischen Gründen wird die Weizenproduktion über den heimischen Konsum auch künftig nicht wesentlich hinausgehen, immer sehr schwankend, manchmal sogar hinter dem heimischen Bedarf zurückbleiben. Die Bevölkerung Australiens, die jetzt freilich nur langsam zunimmt, bedarf aber steigender Produktionsmengen an Brotgetreide. Hayter (Direktor des Statistischen Amtes in Melbourne) nimmt an, daß bis 1981 die australische Bevölkerung auf 93,8 Mill. Menschen (jetzt 3,9 Mill.) angewachsen sein wird. Trifft diese Annahme auch nur einigermaßen zu, so wird Australien wahrscheinlich bald einer dauernden Einfuhr von Brotgetreide bedürfen.

Interessant ist es zu verfolgen, wie sich unter den bedingenden klimatischen und physikalischen Grundlagen die Ernteerträge und der Getreideexport Australiens entwickelt haben. Folgende Zusammenstellung (S. 42) gibt für die Zeit von 1881 bis 1905 die gesamte jährliche australische Weizenernte, die Ausfuhrmengen an Brotgetreide (für 1904 ist die Schätzung Coghlans, für 1905 die Huchos eingesetzt), schließlich den Durchschnittsertrag pro acre in Neusüdwales und Südaustralien seit dem Jahre 1891. Frühere Zahlen und ebenso die von den übrigen Staaten liegen nicht vor.

Die Tabelle illustriert recht augenscheinlich die Nutzlosigkeit des dem australischen Getreide von Chamberlain in Aussicht gestellten Vorzuges. Man ersieht, wie recht die Mehrheit des australischen Volkes hat, Chamberlains Plan und die verheißenen Weizenzölle abzulehnen, da es keinen dauernden und bedeutenden Vorteil aus ihnen ziehen kann. In den scheinbar ganz unregelmäßig auf und abschwankenden Weizenernten tritt nach Sonderung der Maxima und Minima ein, wie mir scheint, ziemlich periodisch auftretender Turnus deutlich hervor. Man findet, daß sowohl die niedrigste wie höchste Ernte nach einem etwa siebenjährigen Wechsel sich wiederholt, und zwar pflegt das Maximum um ein bis zwei Jahre dem Minimum stets vorauszugehen. Indem Anfang der achtziger Jahre ein Minimum besteht, tritt das nächste nach etwa sieben Jahren (1889), das

Jahr	Weizenernte (Jahr bis 31. März gerechnet) Mill. bushels	Ausfuhr an Brotgetreide einschl. Mehl (Jahr bis 31. Dez. ger.) (– ist Einfuhr) Mill. bushels	Durchschnittsertrag pro acre in	
			Neusüdwales bushels	Südaustralien bushels
1881	21,4	—		
1883	21,5	4,7		
1884	35,7	17,1		
1885	30,6	11,6		
1886	20,2	— 0,6		
1887	28,9	4,3		
1888	35,9	10,6		
1889	19,8	— 2,1		
1890	34,0	8,8		
1891	27,1	10,6	10,9	5,6
1892	25,7	4,1	11,1	4,3
1893	32,8	8,8	15,1	6,1
1894	37,1	11,9	11,0	7,9
1895	27,9	6,8	10,9	4,9
1896	18,3	— 4,3	8,7	4,2
1897	20,9	— 3,6	10,2	1,7
1898	28,2	1,3	10,6	2,6
1899	41,4	11,6	7,0	4,9
1900	40,0	14,0	9,5	4,6
1901	48,4	24,8	10,6	5,9
1902	38,6	10,3	10,6	4,6
1903	12,4	— 9,7 (!)	1,2	3,6
1904	74,1	41,0 (!)	17,5	14,5
1905	50,0	20,0	8,0	10,0

Maximum ein Jahr vorher hervor. Das nächste Minimum kehrt nach sieben Jahren wieder (1896), das Maximum geht ähnlich zwei Jahre vorauf. Das dritte Minimum folgt wiederum nach sieben Jahren (1903), dem auch wieder zwei Jahre vorher (1901) das Maximum vorausgeht. Nach dem Minimum pflegt im nächsten Jahre immer ein verhältnismäßig hohes Emporschnellen sofort zu folgen, das jedoch nie so hoch gewesen ist wie im Jahre 1904. Die Ausfuhr zeigt die entsprechenden Minima in den Jahren 1889, 1896 und 1903 und die jeweils vorausgehenden Maxima. Die Durchschnittserträge variieren außerordentlich, und es kommen erstaunliche Differenzen sowohl in den Erträgen der einzelnen Kolonien als auch in den gleichjährigen Zahlen beider Kolonien vor. Wir finden dadurch bestätigt, daß außer den allgemeinen Dürreperioden noch trockene Jahre und die charakterisierten anderen Übel die einzelnen Kolo-

nien verschieden heimzusuchen pflegen, denn sonst wären Ertragsdifferenzen von solcher Höhe (besonders 1897) unerklärlich.

Wir schließen diese Untersuchung mit einem Urteil Huchos[1]): „In seiner Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse dürfte Australien kaum um vieles gefährlicher als bisher werden können. Es wird Australiens Landwirtschaft weiter und mehr als sonstwo ein Glücksspiel bleiben müssen.“ Es ist Australien nicht von der Natur bestimmt, ähnlich den Vereinigten Staaten, Argentinien und wohl noch zum Teil Kanada, ein Getreideexportland von weltwirtschaftlicher Wichtigkeit zu werden. Es kann für England nie diese Weizenländer ersetzen, auch nicht dauernd ersetzen helfen. Wenn Australien in Chamberlains Zollvereinsplänen der Weizenzoll versprochen und den Lockungen Gehör gegeben wird, so wird das Land wirtschaftlich dafür schwer büßen müssen. Je mehr Australien den Weizenbau über die natürlich gegebenen Grenzen hinaus ausweitet, desto schwerer und nachhaltiger wird sich der unvermeidliche Rückschlag und die Reaktion später geltend machen. Diese jetzt auch in Australien immer mehr reifende Erkenntnis muß sich in einer schärfer und allgemeiner werdenden Zurückhaltung den Chamberlainschen Vorschlägen gegenüber ausweisen.

2. Die australische Tierzucht.

Ist Australien kein großes zukünftiges Weizenland, so besitzt es dafür alle Vorbedingungen zu ausgedehntester Viehzucht. In der Tat scheint mir die Größe und Zukunft Australiens in der weiteren Ausgestaltung der Viehzucht zu liegen. Besonders bietet die Schafzucht für die Zukunft noch sehr große Entwicklungsmöglichkeiten. In keinem Lande der Welt sind in so großem Umfange die klimatischen und agronomischen Voraussetzungen für ausgedehnte Schafzucht so günstig wie in Australien. Zwar hat auch die Schafzucht durch die anhaltende Dürre der neunziger Jahre hohe Verluste gehabt, aber das leichtfertige Daraufloswirtschaften der australischen Viehzüchter ohne jede Fürsorgetätigkeit für die Zukunft trägt den größeren Teil der Schuld. Diese bisherige Sorglosigkeit und Nachlässigkeit bei der Schafhaltung läßt sich aber heben, so daß künftige Dürren für die Schafzucht viel von ihren Schrecken verlieren werden. Es müssen nur in Zukunft alle gegebenen natürlichen und erreichbaren wirtschaftlichen Vorteile voll

[1]) a. a. O. p. 104, Beil. No. 15, August 1905.

ausgenutzt werden. So müssen die immer zahlreicher werdenden artesischen Brunnen, deren Wasser trotz des großen Salzgehaltes immer als Trank für die Tiere verwendbar ist, rationell angelegt werden (das Schaf braucht nach Wallace permanentes Wasser nur in einer Entfernung von rund 10 km) und durch Wasseransammlung in Reservoirs, Staubassins, Brunnen und Creeks ergänzt werden. Trotzdem das Bohren nach artesischen Quellen im Innern noch im Anfangsstadium steht, ist es bisher doch schon von recht guten Erfolgen begleitet gewesen und noch sehr entwicklungsfähig. Sodann ist in der Umgebung der größeren Stationen (Runs) rationeller Futterbau in größerem Umfange zu treiben, besonders unsere medicago sativa (Luzerne), die amerikanische Alfalfa, anzubauen, die sich als günstige Anbaufrucht auf bewässertem Lande in Amerika erwiesen hat und die Wallace als hervorragend wüchsig auch auf australischem Boden bezeichnet. Die so erzielten reicheren Futtererträge müssen zum Teil für Notzeiten reserviert bleiben, am besten durch die bis jetzt in Australien noch wenig bekannte Methode des Einsäuerns konserviert, nicht zu Heu gemacht werden, das wegen der großen Feuersgefahr im Innern nur mit großem Risiko aufzubewahren ist und auch bei weitem nicht den Feuchtigkeitsgehalt und frischen Geschmack der durch die Einsäuerungsmethode gewonnenen Vorräte besitzt. Dieses so konservierte Futter hält sich eine Reihe von Jahren und bietet in Zeiten der Not ein vortreffliches Subsistenzmittel für die Schafe.

Nutzt man so alle natürlichen Vorteile voll aus und vertraut nicht wie bisher nur allein auf Glück und günstige Witterung, dann hat die Ausdehnungsfähigkeit der australischen Schafhaltung noch fast unbegrenzten Spielraum. Nach Wallace ist der ganze Kontinent (allein mit Ausschluß der direkten Wüsten) auf diese Weise der Schafhaltung zugänglich. Selbst die unmittelbar an die Wüsten angrenzenden Salzbuschsteppen sind für Schafhaltung — und nur hierfür — verwendbar, da die Blätter der Salzbüsche von den Schafen gern genommen werden. Wallace bemerkt[1]): „Die Salzbuschregion ist zwar das geringste Land für Wollproduktion, zugleich aber auch das gesündeste für die Tiere. Ein großer Teil hat so Wert erhalten durch die Schafbestockung, und diese Besiedelung wird sich zweifellos ständig fortsetzen.“ Sodann berichten Wallace und Coghlan übereinstimmend, daß im Nordterritorium und Westaustralien die Schafhaltung selbst auf bestem Weideland erst in den Anfängen der Entwickelung steht. Es liegt deshalb wohl im

[1]) a. a. O. p. 361.

Bereich praktischer Möglichkeit, daß Australien dereinst der große, die Hälfte des Wollbedarfes der Welt deckende Erdteil werden kann, wie es in den Nachrichten für Handel und Industrie (1901, No. 89) angenommen wird. An eine dauernd wachsende Ausdehnung der Weidewirtschaft glaubt auch unser landwirtschaftlicher Sachverständiger beim Generalkonsulat in Sydney, Hucho. Er meint (Mitt. d. D. Landw.-Ges., Beil. No. 15, 1905), „daß für die Viehhaltung manches mehr in der Zukunft zu erwarten stehe, wenn die artesischen Quellen noch weiter ausgenutzt werden, wenn dem Futterbau möglichst weite Verbreitung gegeben und wenn für geeignete Weidegräser oder Salzbuscharten mehr gesorgt wird. Am ergiebigsten wird nach wie vor das Erträgnis aus der Schafhaltung sein. Die jetzt stärker vor sich gehende Vermehrung von Kleinwirtschaften und gleichzeitige Ausdehnung des Ackerbaues wird der australischen Schafhaltung schwerlich Eintrag tun, denn man hat ein großes Hinterland, in das man sich zurückziehen kann, wenn sonst die Haltung einträglich ist. Und dies ist mit ziemlicher Sicherheit deshalb anzunehmen, weil man auf dem Weltmarkte stark auf die australische Wolle angewiesen ist.“ Interessant für die künftige Entwickelung ist noch die von Coghlan angestellte Berechnung der animalischen Tragfähigkeit Australiens. Er nimmt zunächst[1]), indem er zehn Schafeinheiten auf ein Haupt Großvieh, Pferde, Rinder, rechnet, den jetzigen Viehbestand des australischen Bundesstaates (1901) auf rund 180 Millionen Schafeinheiten an. Auf Grund praktischer Erfahrungen und genauer Kenntnis des Landes legt er nun den Maßstab von drei Schafen pro acre zugrunde und kommt unter Berücksichtigung aller übrigen wirtschaftlichen Momente zu dem Schluß, daß Australien in Durchschnittszeiten 390 Mill. Schafeinheiten tragen kann. Nach den Untersuchungen von Wallace steht nun — in Übereinstimmung mit der Statistik — fest, daß die Weide-Rindviehhaltung mit fortschreitender Besiedelung in den älteren australischen Kolonien abgenommen hat. Das Rindvieh habe, so sagt Wallace, hauptsächlich den lockeren Boden festzutreten, die holzigen, dürren Steppengräser abzuweiden, mache so den Boden überhaupt oft erst für die folgende Schafbestockung geeignet. Die Entwickelung ist in der Tat so gewesen, daß in den erst besiedelten Kolonien Neusüdwales und Südaustralien ursprünglich viel mehr Rinder gehalten wurden, diese jetzt durch Schafe ersetzt worden sind, daß in den jüngeren Kolonien, Queensland, Westaustralien, Nordterritorium, sich jetzt derselbe Entwickelungsgang wiederholt, der nach Wallace

[1]) Stat. Acc., p. 421.

zu demselben Ziele führen soll. Nimmt also hiernach die Weide-Rindviehhaltung im Laufe der Zeit allmählich ab oder nimmt sie wenigstens künftig nur langsam zu, so dürfte die künftige, mehr als doppelte Tragfähigkeit Australiens gegenüber der jetzigen besonders der Schafhaltung zu gute kommen. Man darf sich nicht wundern, wenn die australische Schafhaltung unter voller Ausnutzung aller gegebenen und erreichbaren wirtschaftlichen Vorteile im Laufe weniger Jahrzehnte um 100 bis 150 Mill. Schafe noch zunimmt.

Die Folge solcher Entwickelung muß eine sehr erhöhte Wollausfuhr sein. Kann eine solche Entwickelung den Chamberlainschen Plänen förderlich sein?

Gehen wir von dem heutigen Stande der australischen Wollausfuhr aus. Vermag England den heutigen Wollexport Australiens einigermaßen zu verwerten? Diese Frage muß zunächst gestellt werden, weil Australien bei Annahme der Chamberlainschen Vorschläge mit dem größten Teil der Wollausfuhr auf englischen Märkten Zuflucht suchen müßte, die großen Industriestaaten als Absatzländer mehr oder weniger zurücktreten würden. Denn diese, von denen Deutschland (Belgien), Frankreich und die Vereinigten Staaten allein zusammen 85 Proz. der gesamten Ausfuhr nach fremden Ländern nehmen, würden sicherlich zum Teil scharfe Repressalien ergreifen. Die Beantwortung der Frage ist auch darum von größter Wichtigkeit, weil die Wolle als vornehmstes Stapelprodukt der Ausfuhr Australiens das wirtschaftliche Schicksal dieses Landes in der Hand hält. Nun importierte England im Jahre 1903 für den heimischen Bedarf — zugleich im ungefähren Durchschnitt der letzten Jahre — dem Werte nach für 20,6 Mill. £ Wolle. Diesen Bedarf deckte England rund zur Hälfte in Australien (1903: 9,1 Mill. £; 1900: 11,5 Mill. £), während es die andere Hälfte durch Zufuhren aus den anderen Kolonien (Südafrika besonders) und fremden Wirtschaftsgebieten (besonders Argentinien) bezog. Mehr als ein Drittel bis die Hälfte der australischen Wollausfuhr ist mithin auf die fremden Länder, besonders Deutschland (inkl. Belgien), die Vereinigten Staaten und Frankreich, angewiesen, denn der Gesamtwollexport Australiens betrug dem Werte nach 1890: 17,5 Mill. £, 1894: 17,7 Mill. £, 1900: 19,1 Mill. £, 1904: 17,1 Mill. £. Die Ziffern ergeben zwar die theoretische Möglichkeit, daß England, wenn auch nur unter gewaltigen Anstrengungen, Australiens heutige Wollproduktion konsumieren könnte.

Aber neben Australien will besonders Südafrika für seine Wolle auch in England Absatz finden (1903 Ausfuhr für 1,8 Mill. £). Ferner und hauptsächlich ist es technisch England nicht möglich, die

heutige Wollausfuhr Australiens wirtschaftlich produktiv zu verwenden, weil die australische Wolle (nach den Berichten über Handel und Industrie, 1905, Band 8, Heft 9) ziemlich konstant zu 75 Proz. allein aus Merinowollen besteht, in die sich jetzt fast die ganze Erde teilt, und die England allein nutzbringend weder verarbeiten kann noch will. Berücksichtigt man nun noch die dargelegte, ziemlich sichere, ja naturnotwendige Entwickelung, die große, künftige Ausdehnungsfähigkeit der Wollproduktion in Australien, so steht außer allem Zweifel, daß der künftige, vielleicht doppelt so große Wollexport weit über die Grenzen der Konsumtionsfähigkeit Englands hinauswächst, da schon der gegenwärtige die Aufnahmefähigkeit Englands tatsächlich übersteigt. Ist Australien also heute schon für sein wichtigstes Stapelprodukt auf das Ausland angewiesen, so muß in Zukunft der fremde Markt noch erheblich an Wichtigkeit für Australien gewinnen, ja seine Offenhaltung geradezu eine Lebensfrage für die ständig steigende Wollausfuhr werden. Die Durchführung der Präferenzpolitik würde so schweren wirtschaftlichen Schaden für den australischen Volkswohlstand nach sich ziehen. Selbst durch Einschließung der Wolle in die verheißene Zollbegünstigung kann Chamberlains Vorschlag Australien nicht annehmbar gemacht werden, da immer ein bedeutender Teil der jetzigen Wollproduktion, der größere Teil der künftigen Wollproduktion notwendig auf die fremden Märkte angewiesen bleibt. Daß voraufschauende australische Politiker diese Entwickelung und ihre notwendige Wirkung auf Chamberlains Pläne immer klarer vorauszusehen beginnen, kann daher nicht wundernehmen. So äußerte sich der derzeitige Premierminister Reid in seinen Wahlreden („Australia and the Fiscal Problem"): „Selbst wenn wir einigen Vorteil aus dem Reziprozitätsverhältnis gewinnen, verlieren wir doch viel mehr durch die Aufgabe der Märkte der Welt. Australien hat ihm eigentümliche Produkte, die England jetzt nicht einmal alle konsumieren oder absorbieren kann. Das durch die Vertreibung der Kunden der anderen Nationen gebrachte Opfer würde sich als eine immer unerträglichere Last erweisen. Die Wolle, die hier unter besonderen Bedingungen des Bodens und Klimas gedeiht, hängt für ihre gesunde Verteilung von einem weltweiten Handel ab."

Hiermit soll diese Erörterung geschlossen werden. Sie braucht auch nicht weiter geführt zu werden, da es schwerlich jemals zu einer Differenzierung der Wolle in England kommen wird. Ein gewichtiger Teil der englischen Anhänger würde dann grundsätzlich Chamberlains Vorschlag verwerfen, weil auf diese Weise eine Belastung der Textilindustrie geschaffen wird, diese in ihrer Konkurrenz-

fähigkeit geschwächt wird, besonders dann auch das gefürchtete Aufkommen eines kolonialen Wettbewerbes möglich wird, was doch Chamberlain gerade in dieser Industrie durchaus verhindern will. —

Würde bei einer so großen künftigen Vermehrung der Schafhaltung Australien hohen Vorteil aus dem Fleischzoll des Chamberlainschen Programms ziehen?

Diese Frage soll schließlich nun noch kurz geprüft werden. Zunächst könnte es so scheinen. Wenn man aber die Ausfuhr in den drei Kolonien Neusüdwales, Queensland und Viktoria, die hauptsächlich gefrorenes Hammelfleisch exportieren, in ihrer Entwickelung bis heute betrachtet, so ergibt die Statistik, daß trotz der beträchtlichen Mehrung des Schafbestandes die Fleischausfuhr nach England keine Zunahme, sondern sogar eine Abnahme erfahren hat (Neusüdwales führte im Jahre 1896 gefrorene Hammelkörper dem Werte nach für 1,3 Mill. £ aus, 1903 nur noch für 0,3 Mill. £). Die englische Arbeiterbevölkerung empfindet nämlich gegen das Merinofleisch wegen der grauen Farbe starken Widerwillen. Selbst Coghlan muß zugestehen, „daß die Qualität des Merinofleisches auf englischen Märkten kaum gewürdigt wird“. Hinzu kommt noch, daß das Fleisch nicht immer mehr in der besten Verfassung sein kann, da eine längere Zeit notwendig verstreichen muß, bevor es auf der Eisenbahn aus dem heißen Innern nach den Gefrierwerken an der Küste kommt. Der Übergang zur Zucht von Fleischschafen ist nur für die fruchtbaren, gut bewässerten Küstenregionen möglich, nicht für das Innere Australiens, weil die anspruchsvolleren Fleischschafe auf den mageren, sandigen Steppen und in den Salzbuschdistrikten nicht gedeihen würden. Während also in den Küstengebieten mit fortschreitender Besiedelung die Haltung von Fleischschafen sich ausbreiten wird, werden die trockenen Inlandsdistrikte aller Kolonien künftig wirtschaftlich nur nutzbar gemacht werden können durch Bestockung mit den anspruchsloseren Merinoschafen. Deshalb verhält man sich auch in Australien zu dem verheißenen Fleischzoll fast gleichgültig. Die australischen Schafzüchter sind jetzt eifrig bestrebt, sich andere, aussichtsvollere Absatzmärkte für gefrorenes Merinofleisch zu suchen. Nach den neuesten Berichten sucht man besonders die nähere Umgebung, Südafrika, die Philippinen, Japan und Ostasien überhaupt, für diesen Fleischabsatz zu gewinnen. Ich glaube, daß die Entwickelung sich so in der rechten Richtung bewegt, denn diese Völker haben nicht den verfeinerten Gaumen, die zarten Geruchsnerven und den wählerischen Geschmack der hochstehenden englischen Arbeiterbevölkerung.

Die Untersuchung lehrt also, daß die Ablehnung der Chamberlainschen Vorschläge durch die Mehrheit des australischen Parlaments wirtschaftlich wohl begründet, eine Änderung dieser ablehnenden Politik durchaus unwahrscheinlich ist. Eine ernsthafte und kritische Prüfung des englischen Zollvorschlages führt, auf die eigenartigen australischen Verhältnisse angewendet, zu dem Urteil, daß Australien aus den wichtigsten Zöllen des Programms, dem Weizen- und Fleischzoll, keinen dauernden und bedeutenden Vorteil ziehen kann, daß es durch Annahme der Chamberlainschen Vorschläge vielmehr sicheren und steigenden Nachteil für seine noch sehr steigerungsfähige Wollausfuhr haben würde.

IV.

Fassen wir zum Schlusse unsere Ausführungen noch einmal zusammen, so sehen wir, daß die dargelegte, jetzige, präferenzfreundliche Haltung der Schutzzollpartei keineswegs die Bereitschaft einschließt, den englischen Fabrikaten eine wirkliche Reduktion der Zölle zu gewähren. Sobald Chamberlains Plan in Australien einige Aussicht auf Verwirklichung hätte, würde die Schutzzollpartei sich am heftigsten der sinngemäßen Durchführung widersetzen, denn hauptsächlich befürwortet sie den Plan nur, um höhere Zölle gegen das Ausland zu erhalten, nicht um England wirkliche Zugeständnisse zu machen.

Die ablehnende politische Haltung der beiden anderen parlamentarischen Parteien wird sich künftig kaum zugunsten der Chamberlainschen Vorschläge ändern, vielmehr wird man eine Verstärkung der feindlichen Politik erwarten müssen, weil die eigenartigen klimatischen und physikalisch-agronomischen Verhältnisse Australiens keinen bedeutenden, sicheren und dauernden Gewinn aus den wichtigsten Zöllen des Programms zu ziehen gestatten. Die Annahme der Vorschläge würde sogar unmittelbare, beträchtliche und wachsende Nachteile für die australische Volkswirtschaft nach sich ziehen, weil die noch sehr ausweitungsfähige Wollausfuhr, die England schon heut nicht allein industriell verarbeiten kann, künftig in sehr gesteigertem Maße auf den Absatz in den anderen großen Industriestaaten angewiesen ist. Die parlamentarische Mehrheit wird deshalb künftig naturnotwendig und mit Recht die Chamberlainschen Vorschläge ablehnen, weil neben gewissen Scheinvorteilen Australien schwere wirtschaftliche Nachteile erleiden und seine natürliche Entwickelung erheblich gefährden würde.

Es ist aber nicht vollkommen ausgeschlossen, daß durch unerwartete parlamentarische Konstellationen die jetzt vorgeschlagene schutzzöllnerische „Begünstigung“ im Parlament durchdringt. Es wäre wohl möglich, daß das jetzige präferenzfreundliche und schutzzöllnerische Ministerium Deakin, das ja den Arbeitern schon so viele Zugeständnisse gemacht hat, jenen in ihren radikal staatssozialistischen Zielen noch weiter entgegenkommt und daß diese dafür den Begünstigungsvorschlägen in der dargelegten schutzzöllnerischen Gestalt durch ihre Zustimmung die parlamentarische Mehrheit sichern. Wenn auch immerhin diese Do ut des - Politik nicht allzu wahrscheinlich ist, unmöglich ist sie deshalb doch nicht. Aber eine durch solche parlamentarischen Künsteleien geschaffene Politik müßte bald zerfallen, spätestens dann, wenn man die Scheinvorteile in den gebotenen Zöllen praktisch kennen gelernt hat und das Gewicht der naturnotwendigen, wirtschaftlichen Entwicklung den künstlichen Bau gewaltsam zerdrückt.

„Australien ist“, wie ein hervorragender australischer Politiker, Sir Will. Mc Millan, es ausdrückt, „ein Land des Ostens, das entfernteste von Großbritannien, das nach seiner natürlichen und kommerziellen Wichtigkeit nach Amerika, Japan, China und Indien ausstrahlt. Der Druck dieser wirklichen Umgebung muß sich schließlich größer erweisen als irgend ein künstliches, mechanisches Band, selbst wenn es schließlich am hohen Ziele die enge politische Union der britischen Rasse sichern soll.“

Das ernste Gesicht, das die Chamberlainschen Pläne tragen bei der Betrachtung unter englischer Beleuchtung, nimmt so für uns und für das mit Australien handeltreibende Ausland im allgemeinen mildere Züge an bei der Prüfung unter australischer Beleuchtung. Wir dürfen noch zuversichtlich hoffen, daß Australien bei seiner natürlichen und notwendigen wirtschaftlichen Entwicklung bewußt eigene Wege gehen wird, und ich bin überzeugt, daß es nur so seinen natürlichen Reichtum voll entfalten und seine wirtschaftliche Blüte dauernd sichern kann.

Eine interessante Zukunftsfrage ist es nun, ob und inwieweit ein Zollbund zwischen England und den übrigen Kolonien außer Australien vielleicht wahrscheinlich ist. Ein allgemeines Streben nach Erweiterung der territorialen Wirtschaftsbasis bemerken wir bei allen Kulturnationen. Überall tritt das heiße Bestreben hervor, machtpolitisch den jetzigen ökonomischen Herrschaftsbereich zu erweitern, koloniale Besitzungen zu erwerben und bereits erworbene fester anzugliedern. Präsumieren wir unter Berücksichtigung dieser unverkennbaren Tendenz einmal die Möglichkeit eines solchen Zollvereins

auf Grund der Chamberlainschen Pläne, so kann die Entwickelung — gefördert durch die glückliche Hand eines befähigten Staatsmannes — künftig vielleicht doch dahin führen, daß Australien trotz der retardierenden Momente später einmal in einen solchen Bund allmählich hineinwüchse, wie beispielsweise Westaustralien nachträglich in den australischen Bundesstaat hineingewachsen ist — nämlich unter Wahrung wesentlicher ökonomischer Reservate und Privilegien. Über diese ferne Zukunftsfrage aber heute schon ein einigermaßen exaktes Urteil zu fällen, ist bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium unmöglich und auch überflüssig.

Literatur.

1. C. J. Fuchs, Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien, Schr. d. V. f. S. 1893.
2. Karl Rathgen, Die englische Handelspolitik am Ende des 19. Jahrhunderts, Schr. d. V. f. S. 1901.
3. Karl Rathgen, Über den Plan eines britischen Reichszollvereins, Preuß. Jahrb. 1896.
4. C. A. Vince, Chamberlain's Proposals, what they mean and what we shall gain by them, London 1903.
5. M. Schwab, Chamberlains Handelspolitik, Jena 1905.
6. Charles Dilke, Problems of Greater Britain, London 1890.
7. J. R. Seeley, Expansion of England, London 1899.
8. J. W. Root, The trade relations of the British Empire, Liverpool 1903.
9. Sievers-Kükenthal, Australien und Ozeanien, Wien-Leipzig 1902.
10. Julius Hann, Handbuch der Klimatologie, 3 Bände, Stuttgart 1877.
11. Moritz Schanz, Australien und die Südsee an der Jahrhundertwende, Berlin 1901.
12. Parliamentary Debates, Sess. 1904, 1905 (Senate and House of Representatives), Melbourne.
13. Percy F. Rowland, The new nation, London 1903.
14. L. Vossion, L'Australie nouvelle et son avenir, Paris 1903.
15. Doerkes-Boppard, Verfassungsgeschichte der australischen Kolonien und des Commonwealth, München-Berlin 1903.
16. G. H. Reid, Australia and the Fiscal Problem, London 1903.
17. Robert Wallace, Landwirtschaft und Ackerbau Australiens und Neuseelands (the rural economy and agriculture of A. and N. Z.), London 1891.
18. Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, 1905.
19. T. A. Coghlan, A statistical account of the seven Colonies, Sydney 1904.
20. Deutsches Handelsarchiv (Reichsamt des Innern), Berlin 1903, I.
21. Fortnightly Review, London 1905 (April).

22. Quarterly Review, London 1905, No. 403 (April 1905).
23. Nineteenth Century, London 1905, No. 345 (November 1905).
24. Jahresberichte der Handelskammern Melbourne, Adelaide und Perth, 1904 und 1905.
25. Amtliche Forschungsberichte aus Zentralaustralien, Adelaide 1905.
26. Berichte über Handel und Industrie (Reichsamt des Innern), Berlin 1900—1905.
27. Nachrichten für Handel und Industrie (Reichsamt des Innern), Berlin 1899—1905.
28. Economist, London 1905 und 1906.
29. Daily Telegraph, London, Oktober 1905 bis März 1906.

Lebenslauf.

Ich, Alfred Reinhold Friedrich Busse, evangelischer Konfession, wurde am 5. September 1880 als Sohn des Gutsbesitzers Friedrich Busse und seiner Ehefrau Karoline, geb. Zech, in Rogäsen, Kreis Jerichow II, Provinz Sachsen, geboren. Meine wissenschaftliche Vorbildung erhielt ich auf dem v. Saldernschen Realgymnasium zu Brandenburg (Havel), welches ich Ostern 1903 mit dem Zeugnis der Reife verließ, um mich dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zu widmen. Ich bezog die Universität Berlin, wo ich bis jetzt diesen Studien oblag.

Die Promotionsprüfung bestand ich am 30. Juli 1906.

Während meiner Studienzeit besuchte ich die Vorlesungen und Übungen folgender Universitätsprofessoren:

von Bezold, du Bois-Reymond, Bornhak, von Bortkiewicz, Brunner, Delbrück, Dernburg, Döring, Förster, Gierke, von Halle, Hintze, Hübler, Jastrow, Kahl, Kaufmann, Kipp, Klebs, Köbner, Kohler, Lasson, Orth, Rießer, Roloff, Schäfer, Schiemann, Schmitt, Schmoller, Schollmeyer, Seckel, Sering, Simmel, Simons, Stumpf, Wagner, Weiffenbach, von Wenckstern, Wolff, Zahn, Zeumer.

Allen diesen meinen hochverehrten Lehrern schulde ich dauernden Dank, den ich auch an dieser Stelle zum Ausdruck bringe.